



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 9/2014–2015

Inhalt	Seite
14. Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen	481
15. Beitritt zum geänderten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 2. Februar 2012 / 31. Januar 2014	531

Inhaltsverzeichnis

14.	Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen	
I.	Ausgangslage	481
	1. Allgemeines	481
	2. Schnittstelle zur Polizeitätigkeit	482
	3. Rechtslage	482
II.	Handlungsbedarf	483
	1. Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung	483
	2. Konkordatslösung	484
	3. Vergleiche der Konkordate	484
	3.1 Geltungsbereich	484
	3.2 Bewilligungspflicht	485
	3.3 Bewilligungsvoraussetzungen	485
	3.4 Verfahren	486
	4. Würdigung	486
III.	Das Konkordat	487
	1. Grundzüge des Konkordats	487
	2. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	487
	3. Zuständigkeit und Referendum	494
	4. Anpassungen des Ausführungsrechts	495
IV.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	496
V.	Anträge	496

15.	Beitritt zum geänderten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 2. Februar 2012/ 31. Januar 2014	
I.	Ausgangslage	531
	1. Allgemeines	531
	2. Anstoss für die Revision	532
	3. Bundesgerichtsurteil vom 7. Januar 2014	532
	4. Situation in Graubünden	533
II.	Das Konkordat	534
	1. Grundzüge der Änderungen vom 2. Februar 2012	534
	2. Anpassungen aufgrund des Urteils des Bundesgerichts vom 7. Januar 2014	535
	3. Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen (unter Berücksichtigung des Bundesgerichtsurteils)	535
	4. Zuständigkeit und Referendum	542
	5. Anpassungen des Ausführungsrechts	543
III.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	544
IV.	Anträge	544

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

14.

Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen

Chur, den 20. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010.

I. Ausgangslage

1. Allgemeines

Private Sicherheitsunternehmen erbringen in der heutigen Zeit diverse Tätigkeiten im Sicherheitsbereich. Dazu gehören unter anderem die Bewachung und der Schutz von Personen und Gütern, der Ordnungsdienst bei Veranstaltungen und Grossanlässen, der Betrieb von Alarmanlagen, Sicherheitstransporte und Detektivtätigkeiten. Immer häufiger nehmen Private aber auch Aufgaben im öffentlichen Raum als Dienstleister für das Gemeinwesen wahr, so beispielsweise die Verkehrsregelung oder der allgemeine Ordnungs- bzw. Patrouillendienst. Es ist davon auszugehen, dass die Gründe für diese Entwicklung mit dem Trend zu einer 24-Stunden-Gesellschaft im Zusammenhang stehen, aber auch mit der in den letzten Jahren feststellbaren Zunahme der Gewaltbereitschaft. Die erhöhte Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen beruht auf dem Bedürfnis nach mehr Sicherheit. Es ist davon auszugehen, dass dieses Bedürfnis auch in Zukunft bestehen und die

Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen anhalten oder gar weiter zunehmen wird.

2. Schnittstelle zur Polizeitätigkeit

Die Tätigkeit der Sicherheitsunternehmen und die Polizeitätigkeit überschneiden sich teilweise. So nehmen Sicherheitsdienste verschiedentlich auch Aufgaben wahr, die durch Polizeiorgane ausgeführt werden (beispielsweise Bewachung, Ordnungsdienst, Patrouillen etc.). Sicherheitsdienste, die über gut ausgebildetes Personal verfügen, vermögen einen Beitrag für die öffentliche Sicherheit zu leisten und damit indirekt die Polizei zu entlasten.

Es ist wichtig, dass die Tätigkeit der Polizei und diejenige der privaten Sicherheitsdienste klar voneinander abgegrenzt werden. So müssen insbesondere Zwangsmassnahmen weiterhin der Polizei vorbehalten sein. Weiter hat die Tätigkeit der privaten Sicherheitsdienstleister einer staatlichen Kontrolle zu unterliegen, um in diesem sensiblen Bereich die Einhaltung der Rechtsordnung zu gewährleisten.

3. Rechtslage

Sicherheits- und Privatdetektivgewerbe sind privatwirtschaftliche Tätigkeiten und unterstehen dem Schutz der Wirtschaftsfreiheit nach Art. 27 der Bundesverfassung (BV; SR 101). In Beachtung von Art. 36 BV sind die Kantone befugt, die privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit zu regeln. So bleibt ihnen insbesondere für polizeiliche Massnahmen ein weites Regelungsfeld (vgl. Ulrich Häfelin/Walter Haller/Helen Keller, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 8. Auflage, Zürich 2012, N. 667). Da der Bund das Sicherheits- und Privatdetektivgewerbe nicht geregelt hat, liegt es in der Kompetenz jedes einzelnen Kantons, Regelungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit privater Sicherheitsunternehmen zu erlassen (Art. 3 und 95 BV).

Einige Kantone haben in diesem Bereich zum Teil detaillierte Vorschriften erlassen, andere, wie auch der Kanton Graubünden, keine. Dem Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen sind bis zum heutigen Zeitpunkt neun Kantone beigetreten (AI, AR, BS, NW, SG, SO, TG, TI und UR). Eine einheitliche Regelung kennen des Weiteren die Kantone Freiburg, Waadt, Wallis, Neuchâtel, Genf und Jura mit dem Westschweizer Konkordat vom 18. Oktober 1996. Da die Kantone Baselland und Schaffhausen im Wesentlichen die Konkordatsbestimmungen in ihre kantonale Gesetzgebung integriert haben, gelten heute in 17 Kantonen entweder die Regeln des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen oder die-

jenigen des Westschweizer Konkordats. Bestrebungen, dem Konkordat beizutreten bzw. die eigene Gesetzgebung den Konkordatsbestimmungen anzugleichen, bestehen auch im Kanton Zürich.

II. Handlungsbedarf

1. Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung

Die fehlende Einheitlichkeit bei den Regelungen als solche und in Bezug auf ihre Art und Dichte erscheinen vor allem auch im Kontext des Binnenmarktgesetzes (BGBM; SR 943.02) zunehmend als unbefriedigend. Das BGBM bewirkt, dass Sicherheitsunternehmen, die in einem Kanton zugelassen sind, ihre Dienstleistungen grundsätzlich ohne weiteres Bewilligungsverfahren auch in allen anderen Kantonen erbringen dürfen. Dies gilt selbst dann, wenn die erste Zulassung in einem Kanton erfolgt, in dem keine Bewilligung erforderlich ist.

Eignungskriterien wie Fachausweise, Hundeführerkurse oder andere Ausbildungsnachweise, welche sich auf die eigentliche praktische Tätigkeit beziehen, dürfen deshalb nicht verlangt werden, wenn ein Unternehmen bereits in einem anderen Kanton tätig ist. Nur Kriterien, die persönliche Eigenschaften, Versicherungsfragen oder theoretisches Wissen betreffen, dürfen von jedem Kanton grundsätzlich neu geprüft werden. Darunter fallen beispielsweise der Aufenthaltsstatus, die Handlungs- und Zahlungsfähigkeit, der Leumund, die persönliche Eignung, der Abschluss einer Haftpflichtversicherung oder die Kenntnisse des anwendbaren Rechts. Hier kann der Zielkanton überprüfen, ob die im Herkunftskanton erbrachten Nachweise jenen des Zielkantons entsprechen bzw. gleichwertig sind. Allenfalls muss das Sicherheitsunternehmen die Erfüllung der Kriterien des Zielkantons nachweisen.

Aufgrund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU vom 21. Juni 1999 (FZA; SR 0.142.112.681) kommen die Angehörigen der EU-Staaten in den Genuss des Diskriminierungsverbots. Das FZA sieht das Recht der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen bis 90 Tage im Jahr vor. Vorbehalten bleibt im Bereich des Schutz- und Sicherheitsgewerbes eine Bewilligungspflicht, sofern die Kantone eine entsprechende Pflicht vorsehen.

Ohne Konkordatslösung können in der Schweiz aufgrund des Binnenmarktgesetzes alle kantonalen Regelungen unterlaufen werden, die eine Zulassungsprüfung für Sicherheitsfirmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorsehen, weil sich eine Firma in einem Kanton ohne Bewilligungsverfahren voraussetzungsfrei jene Praxis erwerben kann, die sie in der Folge

gegenüber allen anderen Kantonen geltend machen kann. Eine schweizweite Rechtsvereinheitlichung im Bereich der Zulassung privater Sicherheitsunternehmen erweist sich als einziger Weg zu verhindern, dass die existierenden kantonalen Regelungen unterlaufen werden können. Die Harmonisierung der Rechtsgrundlage führt zu einer wesentlichen Vereinfachung beim Vollzug. Dies dient sowohl den Vollzugsbehörden als auch den privaten Unternehmen.

2. Konkordatslösung

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat an der Herbstversammlung vom 12. November 2010 das Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen zur Ratifikation in den Kantonen freigegeben. Dabei hielten jedoch die Westschweizer Kantone an ihrem bereits bestehenden Konkordat fest. Die beiden Konkordate weisen ein ähnliches Regelungsniveau auf. Die Herbstversammlung der KKJPD hat daher den Kantonen empfohlen, innert zwei Jahren einem der beiden Konkordate beizutreten. Für den Kanton Graubünden stellt sich daher vorab die Frage, welchem der beiden Konkordate beigetreten werden soll. Um diese Frage zu beantworten, werden im Folgenden die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Konkordaten aufgezeigt und anschliessend die Präferenz für eines der Konkordate begründet.

3. Vergleiche der Konkordate

3.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich beider Konkordate knüpft an die Tätigkeit bzw. Sicherheitsdienstleistung an. Unerheblich ist dabei, ob die Leistungen auf öffentlichem oder privatem Grund, in Teilzeit oder Vollzeit, entgeltlich oder ehrenamtlich erbracht werden. Das Konkordat der KKJPD definiert abschliessend acht Tätigkeiten als Sicherheitsdienstleistungen. Das Westschweizer Konkordat sieht dagegen nur deren drei vor und ist damit weniger umfassend. So fehlen im Geltungsbereich des Westschweizer Konkordats Tätigkeiten des Verkehrsdienstes, des Assistenzdienstes für Behörden und des Ermittlungsdienstes (Detektivtätigkeiten). Ebenfalls nicht Teil des Geltungsbereichs des Westschweizer Konkordats sind Dienstleistungen von Türstehern, Stewards und Bodyguards (nur) für ihren Arbeitgeber, obschon diese Varianten von Sicherheitsdienstleistungen heutzutage weit verbreitet sind. Das Konkordat der KKJPD sieht ferner vor, dass nur Kontroll-, Auf-

sichts- und Verkehrsdienste von untergeordneter Bedeutung nicht unter das Konkordat fallen und ausschliesslich die Konkordatskommission weitere Ausnahmen vom Geltungsbereich vorsehen kann. Beim Westschweizer Konkordat können die einzelnen Konkordatskantone in Teilbereichen selber bestimmen, ob sie bestimmte Tätigkeiten dem Konkordat unterstellen oder nicht, was die Gefahr einer uneinheitlichen Praxis im Konkordatsgebiet mit sich bringt.

3.2 Bewilligungspflicht

Für Sicherheitsangestellte verlangen beide Konkordate individuelle Berufsausübungsbewilligungen. Nach dem Konkordat der KKJPD ist die oder der Sicherheitsangestellte selbst Gesuchstellerin oder Gesuchsteller, nach dem Westschweizer Konkordat der oder die Verantwortliche des jeweiligen Unternehmens. Dies bedeutet, dass nach dem Konkordat der KKJPD für das Unternehmen weniger Aufwand entsteht.

Für das Betreiben eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigstelle bzw. Zweigniederlassung ist nach beiden Konkordaten je eine Bewilligung einzuholen. Nach der differenzierteren Regelung im Konkordat der KKJPD bedarf es zweier Bewilligungen: Zum einen wird eine Betriebsbewilligung dem Sicherheitsunternehmen als solchem erteilt. Zum anderen ist eine Bewilligung für das Führen des Betriebs erforderlich, die einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer (Führungsperson) erteilt wird. Das Konkordat der KKJPD legt damit Wert darauf, dass die jeweilige Führungsperson selbst bestimmte Voraussetzungen für das Führen eines solchen Betriebs erfüllt.

3.3 Bewilligungsvoraussetzungen

Bei den Bewilligungsvoraussetzungen unterscheiden sich die Konkordate insbesondere hinsichtlich der geforderten Aus- und Weiterbildung. Nach dem Westschweizer Konkordat ist für die Bewilligung von Sicherheitsangestellten kein Ausbildungsnachweis erforderlich. Beim Konkordat der KKJPD hingegen muss jeder Sicherheitsangestellte eine theoretische Grundausbildung für Sicherheitsangestellte erfolgreich absolviert haben. Nach dem Konkordat der KKJPD wird die Betriebsbewilligung nur erteilt, wenn gewährleistet ist, dass die Sicherheitsangestellten für ihre Tätigkeit hinreichend ausgebildet sind und regelmässig weitergebildet werden. Die verantwortlichen Personen (Führungspersonen) müssen bei beiden Konkordaten theoretische Kenntnisse nachweisen. Nach dem Westschweizer Konkordat ist eine Prüfung über

die Kenntnisse der einschlägigen Gesetzgebung abzulegen. Das Konkordat der KKJPD verlangt, dass zwei theoretische Grundausbildungen – diejenige für Sicherheitsangestellte und eine weitere für das Führen eines Sicherheitsunternehmens – erfolgreich absolviert wurden. Wesentliche Regelungsunterschiede bestehen sodann bei den Anforderungen hinsichtlich Vorleben der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers. Das Westschweizer Konkordat lässt grundsätzlich zu, dass eine Bewilligung auch bei Vorliegen strafrechtlicher Verurteilungen zu Verbrechen oder Vergehen erteilt werden kann. Die Richtlinien der Westschweizer Konkordatskommission sehen für diese Fälle ein aufwendiges Prüfverfahren anhand eines Lösungsschemas vor. Demgegenüber hält das Konkordat der KKJPD klar fest, dass bei einer Gesuchstellerin oder einem Gesuchsteller keine im Strafregisterauszug erscheinenden Verurteilungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens vorliegen dürfen.

3.4 Verfahren

Bei der Feststellung des Sachverhalts trifft Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller eine Mitwirkungspflicht. Nach dem Westschweizer Konkordat umfasst sie für die Sicherheitsunternehmen und die Leiter der Zweigstellen u.a. die Pflicht, gegenüber der Bewilligungsbehörde jede Änderung im Personalbestand mitzuteilen und jede Handlung, die einen Entzug der Bewilligung rechtfertigen könnte, zu melden. Auch die Gerichtsbehörden der Konkordatskantone unterstehen nach dem Westschweizer Konkordat einer Meldepflicht. Sie sind verpflichtet, die ergangenen Strafentscheide und alle Informationen über laufende Strafverfahren gegen Personen, die dem Konkordat unterstehen, der Bewilligungsbehörde mitzuteilen. Demgegenüber schreibt das Konkordat der KKJPD keine besondere Mitwirkungspflicht vor. Die Polizeistellen der Konkordatskantone erteilen jedoch den Bewilligungsbehörden zur Prüfung der Eignung Auskünfte über Daten, die sie über die gesuchstellende Person führen.

4. Würdigung

Nach einer Gesamtwürdigung der beiden Konkordate gelangte die Regierung des Kantons Graubünden zum Schluss, dass dem Konkordat der KKJPD der Vorzug gegenüber dem Westschweizer Konkordat zu geben ist. Das Konkordat der KKJPD ist im Geltungsbereich umfassend und grenzt die Tätigkeiten der Polizei und diejenigen der privaten Sicherheitsdienste klar voneinander ab. Das Bewilligungsverfahren nach dem Konkordat der KKJPD erscheint zudem einfacher. Es führt mit dem starken Einbezug der

Branchenorganisation vor allem in den administrativen Belangen zu einer erheblichen Entlastung der Bewilligungsbehörden und wahrt gleichzeitig deren Entscheidungskompetenz. Schliesslich spricht für die Lösung, dass die Mehrheit der benachbarten Kantone (SG, UR, TI) dem Konkordat der KKJPD beigetreten sind. Trotzdem ist zu hoffen, dass zumindest mittelfristig, alle Kantone dem gleichen Konkordat beitreten.

III. Das Konkordat

1. Grundzüge des Konkordats

Das Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen beinhaltet folgende Regelungsbereiche:

- Einführung einer Bewilligungspflicht für das Erbringen von Sicherheitsdienstleistungen durch Private, d. h. nichtstaatliche Akteure;
- Festlegung von Bewilligungsvoraussetzungen für private Personen und Unternehmen, die im Sicherheitsbereich tätig sind;
- Berufsausübungsbewilligung für Sicherheitsangestellte;
- Bewilligung für das Führen bzw. für den Betrieb eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigniederlassung und Bewilligung für den Einsatz von Diensthunden;
- Bezeichnung der im Kanton zuständigen Bewilligungsbehörde;
- Kontrollmöglichkeiten dieser Behörde und Unterstützung durch die Branchenorganisationen und
- Fixierung von Rechten und Pflichten der im privaten Sicherheitsdienstleistungsbereich tätigen Personen.

2. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. 1

Das Konkordat der KKJPD regelt das Erbringen von Sicherheitsdienstleistungen durch Privatpersonen. Der Begriff «Sicherheitsdienstleistungen» umfasst die in Art. 3 Abs. 1 aufgezählten Tätigkeiten. Unter «Privaten» werden nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure verstanden.

Zu Art. 2

Die Kantone können im Rahmen des übergeordneten Rechts strengere Regelungen für das Erteilen von Bewilligungen und hinsichtlich der Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber erlassen. Der Vorbehalt von Art. 2 gilt für die Bestimmungen von Art. 5 (Bewilligungsvoraussetzungen),

Art. 6 (Diensthunde) und die Art. 10 bis 14 (Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber) des Konkordats.

Zu Art. 3

Unter Sicherheitsdienstleistungen sind die unter Abs. 1 lit. a genannten Tätigkeiten zu verstehen, unabhängig davon, ob sie im öffentlichen, halböffentlichen oder privaten Raum erbracht werden. In den Ziffern 1 bis 8 werden die verschiedenen Sicherheitsdienstleistungen aufgezählt und mit Beispielen veranschaulicht.

In den Beispielen zu Ziffer 1 sind auch die Türsteherinnen und Türsteher erwähnt. Das Konkordat schafft mit der Bewilligungspflicht für Türsteherinnen und Türsteher die Voraussetzung dafür, dass die Gewerbebewilligungen für Veranstaltungen und Gastrobetriebe mit der Auflage versehen werden können, dass nur offiziell zugelassene Sicherheitsangestellte als Türsteherinnen und Türsteher eingesetzt werden dürfen.

In den Buchstaben b und c wird definiert, was unter den Begriffen «Sicherheitsangestellte» und «Sicherheitsunternehmen» zu verstehen ist. Aus lit. c ergibt sich zudem, dass die Rechtsform der Sicherheitsunternehmen (AG, Verein, einfache Gesellschaft, Einzelfirma etc.) irrelevant ist.

Abs. 2 hält sodann fest, dass Kontroll-, Aufsichts- und Verkehrsdienste von untergeordneter Bedeutung nicht vom Konkordat erfasst werden. Im Sinne einer beispielhaften Aufzählung werden als untergeordnete Tätigkeiten genannt: Ticketkontrollen, Kassadienste, Besucherleitdienste und Besucherbetreuungsdienste. Für diese Tätigkeiten wäre eine Bewilligungspflicht unverhältnismässig.

Zum Begriff der «Sicherheitsdienstleistungen» und zur Ausnahmeregelung von Abs. 2 kann die KKJPD gestützt auf Art. 17 Abs. 1 Ausführungsrecht erlassen.

Zu Art. 4

Diese Bestimmung legt in Abs. 1 fest, wofür eine Bewilligung erforderlich ist. Dabei wird zwischen der Berufsausübungsbewilligung für Sicherheitsangestellte (lit. a), der Bewilligung für das Führen bzw. für den Betrieb eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigniederlassung (lit. b und c) und der Bewilligung für den Einsatz von Diensthunden (lit. d) unterschieden.

Abs. 2 stellt sodann klar, dass Personen, die selbständig – gemeint sind Einmannbetriebe – Sicherheitsdienstleistungen für Dritte erbringen, ebenfalls einer Bewilligung für Sicherheitsangestellte sowie einer Betriebsbewilligung bedürfen. Abs. 3 beinhaltet eine Ausnahmebestimmung für gewisse Sicherheitsdienstleistungen, die betriebsintern erbracht werden. Mit dieser Bestimmung wird verhindert, dass Personen, welche nur in geringem Um-

fang eine Sicherheitsaufgabe wahrnehmen, der Bewilligungspflicht unterliegen. Die Ausnahmen von der Bewilligungspflicht werden gemäss Art. 17 Abs. 1 lit. b durch die KKJPD beschlossen.

Zu Art. 5

Das Konkordat der KKJPD verlangt für den Erhalt jeder Bewilligung die Erfüllung bestimmter (persönlicher) Voraussetzungen. Im Vordergrund steht die Überprüfung des Vorlebens in strafrechtlicher Hinsicht. Abs. 1 lit. d stellt die Rechtsgrundlage für die Einreichung eines Strafregisterauszugs durch die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller dar. Abs. 1 lit. e ermöglicht es der Bewilligungsbehörde ferner, andere Quellen, wie Polizeidatenbanken nach Art. 7 Abs. 2 sowie die Liste nach Art. 17 Abs. 5, zu konsultieren und sich damit ein umfassendes Bild über das straf- und polizeirechtliche Vorleben der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers zu machen.

Ebenso wie die Sicherheitsangestellten müssen auch Personen, die ein Sicherheitsunternehmen oder eine Zweigniederlassung führen wollen, persönliche Voraussetzungen erfüllen und eine theoretische Grundausbildung mit Abschlussprüfung erfolgreich absolvieren. Im Gegensatz zu Sicherheitsangestellten, bei welchen eine seit zwei Jahren vorliegende Aufenthaltsbewilligung genügt, wird bei Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern von Sicherheitsunternehmen als Minimum eine Niederlassungsbewilligung verlangt. Die theoretische Grundausbildung weicht von jener der Sicherheitsangestellten ab und bezieht sich auf das Führen eines Sicherheitsunternehmens.

Für den Erhalt einer Betriebsbewilligung ist gemäss Abs. 3 eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens drei Millionen Franken nötig. Zudem muss das Sicherheitsunternehmen dafür sorgen, dass das Personal sorgfältig und entsprechend dem jeweiligen Einsatzbereich (Zutrittskontrollen, Objektschutz, Werttransport etc.) ausgebildet und regelmässig weitergebildet wird. Diese Aus- und Weiterbildungspflicht wird in Art. 11 festgehalten.

Zu Art. 6

Aus Gründen des Schutzes vor Angriffen von Hunden untersteht auch der Einsatz von Diensthunden einer Bewilligungspflicht. Dabei ist erforderlich, dass sowohl der Hund als auch die Hundeführerin oder der Hundeführer selbst für einen Einsatz ausgebildet sind. Die Kantone regeln die Prüfungen, wobei eine Delegation an Private zulässig ist. Der Prüfungsinhalt soll im Wesentlichen den von den Hundevereinen anerkannten Standardanforderungen entsprechen. Die Empfehlungen der Konkordatskommission zum Prüfungsinhalt sind zu berücksichtigen (Art. 17 Abs. 2).

Zu Art. 7

Die Bewilligungen werden durch kantonale Bewilligungsbehörden erteilt. Jeder Kanton bezeichnet eine in seinem Kanton zuständige Stelle. Die örtliche Zuständigkeit für das Bewilligungsverfahren richtet sich nach dem Wohnsitz der gesuchstellenden Person und nach dem Sitz des Unternehmens bzw. der Zweigniederlassung. Wird ein Gesuch von einer Person (bzw. einem Unternehmen) eingereicht, die ihren Wohnsitz oder Sitz im Ausland oder ausserhalb des Konkordatsgebietes hat, ist die Behörde an jenem Ort des Konkordatsgebietes zuständig, wo erstmals Sicherheitsdienstleistungen erbracht werden.

Art. 5 Abs. 1 lit. d legt fest, dass die gesuchstellende Person keine im Strafregisterauszug erscheinende Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens aufweisen darf. Durch diese Angaben ist ein allfälliges kriminelles Vorleben der Person jedoch noch nicht vollständig abgebildet. Weil Sicherheitsunternehmen und -angestellte in einem sensiblen Bereich tätig sind, erlaubt Art. 5 Abs. 1 lit. e den Beizug weiterer Quellen. Wenn die Bewilligungsbehörden zur Prüfung der Eignung Auskunft über polizeiliche Daten über die gesuchstellende Person verlangen, so müssen die Polizeistellen der Konkordatskantone aufgrund von Art. 7 Abs. 2 diese Auskunft erteilen.

Für die Behandlung der Bewilligungsgesuche sind gemäss Abs. 3 kosten deckende Gebühren zu entrichten. Art. 17 Abs. 2 lit. 3 sieht vor, dass die Konkordatskommission für die einheitliche Gebührenordnung in den Kantonen Empfehlungen erlässt.

Nach Abs. 4 teilen die Bewilligungsbehörden der Konkordatskommission sowohl die gutheissenden als auch die abschlägigen Entscheide betreffend Erteilung oder Verlängerung einer Bewilligung mit. Analoges gilt bei Sanktionen gemäss Art. 20. Die Konkordatskommission führt eine Liste über erteilte Bewilligungen (Art. 17 Abs. 4), wie auch über Personen mit abgelehnter Bewilligung oder Personen, gegen die eine Sanktion gemäss Art. 20 ausgesprochen wurde (Art. 17 Abs. 5).

Abs. 5 enthält die Rechtsgrundlage für die administrative Unterstützung der Bewilligungsbehörden durch die Branchenorganisationen. Dabei geht es in erster Linie darum, dass den Branchenorganisationen die Durchführung der theoretischen Grundausbildung und der Theorieprüfungen übertragen werden können. Die Einzelheiten der Übertragung werden durch die Konkordatskommission geregelt (Art. 17 Abs. 2 lit. d, Art. 18 lit. a).

Zu Art. 8

Am Ende des Bewilligungsverfahrens stehen gemäss Abs. 1 die Erteilung der Bewilligung und das Ausstellen eines amtlichen Legitimationsausweises. Die kantonalen Bewilligungsbehörden bestimmen, wem ein amtlicher

Legitimationsausweis ausgestellt wird. Der eigentliche Herstellungsprozess des Legitimationsausweises kann jedoch Branchenorganisationen in Auftrag gegeben werden. Der Herstellungsprozess und der daran anschliessende Versand ist ein technischer Vorgang, welcher keiner Datensammlung bedarf.

Die in einem Konkordatskanton erteilte Bewilligung ist für das gesamte Konkordatsgebiet gültig. Die Bewilligungen (ausgenommen die Betriebsbewilligung nach Art. 4 lit. c) und die ausgestellten Legitimationsausweise sind nicht an ein bestehendes Anstellungsverhältnis bei einem bestimmten Sicherheitsunternehmen geknüpft. Sie bleiben während ihrer Gültigkeitsdauer auch bei einem Stellenwechsel oder einem Einsatz für ein anderes Sicherheitsunternehmen weiterhin gültig.

Die Gültigkeitsdauer der Legitimationsausweise beträgt gemäss Abs. 2 drei Jahre. Das Ablaufdatum ist auf den Ausweisen aufgedruckt.

Zu Art. 9

Der Bewilligungsbehörde am Sitz des Sicherheitsunternehmens oder der Zweigniederlassung obliegt die Kontrolle über die Einhaltung des Konkordats. Sie kann in den entsprechenden Räumlichkeiten oder Einsatzorten Kontrollen durchführen.

Zu Art. 10

Bei der Ausübung von Sicherheitsdienstleistungen durch Private ist das staatliche Gewaltmonopol der Polizei zu beachten. Die Sicherheitsangestellten und die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer dürfen nur die in bestimmten Ausnahmesituationen grundsätzlich jeder Privatperson zustehenden unmittelbaren Zwangsmittel anwenden. Diese Ausnahmen, die sich im Wesentlichen aus dem Bundesrecht ergeben, werden in Abs. 2 im Sinne einer Klarstellung aufgeführt.

Zu Art. 11

Diese Bestimmung stellt sicher, dass nur Personen Sicherheitsdienstleistungen ausführen, die zuvor eine entsprechende Ausbildung absolviert haben und sich regelmässig weiterbilden. Die Sicherheitsunternehmen sind verpflichtet, für die Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten zu sorgen. Wechselt eine Sicherheitsangestellte oder ein Sicherheitsangestellter das Aufgabengebiet oder Unternehmen, muss sie oder er entsprechend neu ausgebildet werden.

Zu Art. 12

Die Inhaberinnen und Inhaber von Bewilligungen haben im Kontakt mit der Polizei bestimmte Pflichten, wobei es sich um Mitwirkungs- bzw. Unterlassungspflichten handelt. Die Bestimmung hält in lit. a bis e im Einzelnen fest, welche Pflichten gelten. Es handelt sich dabei um besondere, mit der

Bewilligung verknüpfte Pflichten, die für andere Privatpersonen grundsätzlich nicht gelten. Sie liegen im Interesse einer guten Zusammenarbeit mit der Polizei.

Zu Art. 13

Die Regelung statuiert die Pflicht der Sicherheitsangestellten und der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers, den amtlichen Legitimationsausweis auf Verlangen vorzuweisen. Nach Abs. 2 kann das Vorweisen der Legitimationsausweise von Sicherheitsangestellten ausnahmsweise unterbleiben, wenn ein Vorweisen nicht praktikabel (z.B. bei einem Einsatz im Rahmen einer Massenveranstaltung) oder die Sicherheit der Sicherheitsangestellten gefährdet ist.

Die Erscheinung von Sicherheitsunternehmen und ihrer Angestellten in der Öffentlichkeit darf gemäss Abs. 3 zu keiner Verwechslung mit staatlichen Behörden und Institutionen Anlass geben. Mit dieser Bestimmung wird die Autorität des Staates und insbesondere der Polizei sichergestellt.

Abs. 4 untersagt Werbung von Sicherheitsunternehmen, welche das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wesentlich beeinträchtigen kann. Damit soll verhindert werden, dass Sicherheitsunternehmen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung herabsetzen, um anschliessend eigene Dienstleistungen anbieten zu können.

Zu Art. 14

In Ergänzung zu den Bestimmungen des Waffenrechts des Bundes wird hier geregelt, dass Waffen ausschliesslich bei den aufgezählten Sicherheitsdienstleistungen eingesetzt werden dürfen. Für die Bewaffnung und Ausrüstung der Sicherheitsunternehmen und des Sicherheitspersonals sind die Ausführungsvorschriften und Empfehlungen der Konkordatskommission zu beachten (Art. 17 Abs. 2).

Zu Art. 15

Die zentralen Aufgaben und Kompetenzen betreffend das Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen liegen beim KKJPD: Sie bezeichnet die Mitglieder der Konkordatskommission und beschliesst das Ausführungsrecht zum Konkordat.

Zu Art. 16

Die Konkordatskommission besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Polizeikonkordate Nordwestschweiz, Zentralschweiz, Ostschweiz und Westschweiz sowie jener beiden Kantone (Zürich und Tessin), die keinem Polizeikonkordat angehören. Die Konkordate und Kantone können mit einem Regierungsmitglied oder mit einer anderen Person in der Konkor-

datskommission vertreten sein, wobei mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Regierungsvertreterinnen und -vertretern bestehen muss und eine Regierungsvertreterin oder ein Regierungsvertreter den Vorsitz führt. Bei Bedarf zieht die Kommission Vertreterinnen und Vertreter der Branche der Sicherheitsunternehmen bei, die beratende Stimme haben.

Zu Art. 17

Die Konkordatskommission beantragt nach Abs. 1 Ausführungsrecht und erlässt nach Abs. 2 Empfehlungen, insbesondere zu den in den beiden Absätzen erwähnten Bereichen.

Betreffend Bewilligungsverfahren kann die Konkordatskommission beispielsweise festlegen, dass fremdsprachige Unterlagen mit einer beglaubigten Übersetzung eingereicht werden müssen oder die Prüfungen über die theoretische Grundausbildung nur in den Amtssprachen der dem Konkordat beigetretenen Kantone abgelegt werden können.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung legen die KKJPD und die Konkordatskommission die Eckwerte fest. Zum Inhalt der theoretischen Grundausbildung für Sicherheitsangestellte (Art. 5 Abs. 1 lit. c) könnten etwa folgende Bereiche zählen: Rechtskunde, Staatskunde, Ethik und Sozialkompetenz, Allgemeinbildung, Erste Hilfe. Zur theoretischen Grundausbildung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer (Art. 5 Abs. 2 lit. c) könnten unter anderem Kenntnisse im Arbeitsrecht, im Steuerrecht und des Konkordats zählen.

Der Konkordatskommission obliegt nach Abs. 3 zudem die Aufsicht über die Branchenorganisationen. Schliesslich führt sie Listen der erteilten Bewilligungen (Abs. 4), der Personen mit negativem Bewilligungsentscheid und der Personen, gegen die eine Sanktion gemäss Art. 20 ausgesprochen wurde (Abs. 5). Während die Liste der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber von einem breiten Personenkreis konsultiert werden kann, haben auf die Liste der Personen mit negativem Entscheid bzw. Sanktionen lediglich die Bewilligungsbehörden Zugriff.

Zu Art. 18

Den Branchenorganisationen können bestimmte Aufgaben übertragen werden, wodurch die Bewilligungsbehörden administrativ erheblich entlastet werden können. Möglich ist eine Auslagerung im Bereich der theoretischen Grundausbildung (inklusive Abnahme der Prüfung), im Zusammentragen der erforderlichen Unterlagen für ein Bewilligungsgesuch (inklusive Überprüfung der Vollständigkeit der Unterlagen) und im Inkasso der Bewilligungsgebühr sowie der Herstellung des Legitimationsausweises (inklusive Versand an den Bewilligungsinhaber). Die Konkordatskommission wird mit Empfehlungen für eine einheitliche Praxis sorgen (Art. 7 Abs. 5, Art. 17 Abs. 2 lit. d und Art. 17 Abs. 3).

Zu Art. 19

Das Konkordat umschreibt in dieser Norm die strafrechtlichen Konsequenzen, die eine Widerhandlung gegen gewisse Konkordatsbestimmungen haben kann. Für die Verfolgung der Übertretungen gilt die Strafprozessordnung (StPO; SR 312). Die strafrechtliche Verantwortlichkeit trifft sowohl Sicherheitsangestellte als auch Geschäftsführerinnen und -führer von Sicherheitsunternehmen.

Zu Art. 20

Bei Verstössen gegen Bestimmungen des Konkordats fallen – neben einer strafrechtlichen Ahndung – sodann administrative Sanktionen in Form eines Verweises oder einer Ordnungsbusse durch die Bewilligungsbehörde in Betracht. Liegt ein schwerwiegender Verstoss vor oder sind die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung nicht (mehr) erfüllt, wird die Bewilligung von der Bewilligungsbehörde entzogen.

Zu Art. 21

Das Konkordat der KKJPD kommt mit dem Beitritt von fünf Kantonen zustande, tritt jedoch erst in Kraft, wenn die interkantonalen Ausführungsbestimmungen der Konkordatskommission durch die KKJPD verabschiedet sind und Letztere das Konkordat in Kraft gesetzt hat.

Zu Art. 22

Diese Regelung stellt klar, dass bestehende kantonale Bewilligungen, die vor Inkrafttreten des Konkordats der KKJPD erteilt wurden, noch während einer längstens zwei Jahre dauernden Übergangsfrist weiter gültig sind (Abs. 1). Die zweijährige Übergangsfrist gilt auch für das Einholen der erforderlichen (neuen) Bewilligungen nach dem Konkordat (Abs. 2). Anzuführen ist, dass die Frist mit dem Beitritt des Kantons zum Konkordat der KKJPD zu laufen beginnt.

3. Zuständigkeit und Referendum

Nach Art. 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist.

Der Grosse Rat hat nach Art. 31 KV alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen (Abs. 1). Dazu gehören namentlich Zweck

und Umfang von Grundrechtsbeschränkungen (Abs. 2 Ziffer 2). Die Regelungen des Konkordats und das Ausführungsrecht der Konkordatskommission haben unmittelbar rechtsetzenden Charakter. Es handelt sich um generell-abstrakte Regelungen, welche Rechte und Pflichten festlegen. Da neu eine Bewilligungspflicht für Sicherheitsangestellte, für das Führen eines Sicherheitsunternehmens, für den Betrieb eines Sicherheitsunternehmens sowie für den Einsatz von Diensthunden eingeführt wird, besteht das Erfordernis einer formell-gesetzlichen Regelung. Diese Anforderung wird mit einem durch den Grossen Rat beschlossenen interkantonalen Vertrag erfüllt. Das Konkordat hat somit Gesetzesrang.

Nach Art. 17 Abs. 1 Ziffer 2 KV sind Abschluss, Änderung oder Kündigung von interkantonalen oder internationalen Verträgen mit gesetzesänderndem Inhalt, dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

4. Anpassungen des Ausführungsrechts

Das Konkordat schreibt eine kantonale Bewilligungsbehörde vor. Die Bewilligungen sollen zentral von einer Stelle erteilt werden. Es ist vorgesehen, die Bewilligungsbehörde der Kantonspolizei anzugliedern, weshalb Anpassungen in der Polizeiverordnung notwendig sind. Das Konkordat soll nach dem aktuellen Zeitplan der KKJPD auf den 1. Januar 2016 in Kraft treten; eine Verschiebung des Inkrafttretens auf den 1. Januar 2017 steht jedoch zur Diskussion.

Die KKJPD wird Ausführungsvorschriften erlassen, insbesondere betreffend den Begriff der Sicherheitsdienstleistungen, der Ausnahmen von der Bewilligungspflicht und den Inhalt der theoretischen Grundausbildung (vgl. Art. 17 Abs. 1 des Konkordats). An ihrer ersten Sitzung vom 30. April 2014 hat die Konkordatskommission Herrn Regierungsrat Fredy Fässler (SG) zu ihrem Vorsitzenden gewählt und den Projektauftrag für die Verfassung des Ausführungsrechts und die Umsetzung des Konkordats genehmigt. Unter der Leitung des Konkordatssekretärs haben Vertreterinnen und Vertreter aus den Verwaltungen der Mitgliedskantone sowie aus der Branche ihre Arbeit aufgenommen. In vier Teilprojekten wird am konkreten Ausführungsrecht gearbeitet. Erste Ergebnisse sollen der KKJPD-Herbstversammlung im November 2014 unterbreitet werden. Da der genaue Umfang und Inhalt dieses Ausführungsrechts zum heutigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, ist der Revisionsbedarf des Polizeigesetzes noch nicht im Detail vorhersehbar.

IV. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Da heute im Kanton Graubünden für private Sicherheitsdienstleister keine Bewilligungspflicht besteht, existieren auch keine gesicherten Angaben über die im Kanton tätigen Sicherheitsdienstleistungsunternehmen resp. Sicherheitsangestellten. Die Anzahl der zu erteilenden Bewilligungen ist daher schwer abschätzbar. Inwiefern der Personalbestand zur Bewältigung und zur rechtskonformen Umsetzung des Konkordats erhöht werden müsste, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilt werden. Allerdings würde ein allfälliger personeller Mehraufwand durch die gestützt auf Art. 7 Abs. 3 des Konkordats zu entrichtenden Gebühren finanziert werden können. Gemäss Art. 17 Abs. 2 lit. c des Konkordats erlässt die Konkordatskommission Empfehlungen über die für das Bewilligungsverfahren zu entrichtenden Gebühren, die den Aufwand für die an die Branchenorganisation delegierten Aufgaben sowie den Aufwand der Bewilligungsbehörde decken müssen.

V. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Cavigelli*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 20. Oktober 2014,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt dem Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 ¹⁾ bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

¹⁾ BR 613.210

Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen

vom 12. November 2010

I. Allgemeines

Art. 1

Dieses Konkordat regelt das Erbringen von Sicherheitsdienstleistungen durch Private. Gegenstand

Art. 2

Für das Erteilen von Bewilligungen und hinsichtlich der Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber können die Kantone strengere Regelungen vorsehen, soweit dies mit dem Binnenmarktgesetz vom 6. Oktober 1995 und mit dem Freizügigkeitsabkommen vom 21. Juni 1999 vereinbar ist. Vorbehalt
kantonalen
Rechts

Art. 3

¹ In diesem Konkordat gelten als Begriffe

- a) Sicherheitsdienstleistungen: folgende Tätigkeiten, unter Vorbehalt von Abs. 2:
1. Kontroll- und Aufsichtsdienste, namentlich Zutrittskontrollen einschliesslich Türsteherdienst, Sicherheits-Assistenzdienste (Steward-Dienste), Absperrdienste sowie Fahrzeug- und Effektenkontrollen;
 2. Verkehrsdienste, namentlich Verkehrsregelung auf Strassen und Plätzen sowie Kontrolle des ruhenden Verkehrs;
 3. Bewachungs- und Überwachungsdienste, namentlich Werk-schutz, Rondendienste, Hundeführerdienste und Aufsichtsdienste;
 4. Schutzdienste für Personen und Güter mit erhöhter Gefährdung, namentlich Ordnungsdienste, Interventionsdienste sowie bewaffneter Objekt- und Personenschutz;
 5. Assistenzdienste für Behörden, namentlich Patrouillen im öffentlichen Bereich und Weibeldienste;
 6. Sicherheitstransporte von Personen, Gütern oder Wertsachen, namentlich Häftlingstransporte und Werttransporte;
 7. Ermittlungsdienste, namentlich Observationen, Detektivtätigkeiten und Diebstahlkontrollen;
 8. Zentralendienste, namentlich Betrieb von Alarm-, Einsatz- und Sicherheitszentralen.

- b) Sicherheitsangestellte: Personen, die Sicherheitsdienstleistungen erbringen;
- c) Sicherheitsunternehmen: natürliche und juristische Personen, die Sicherheitsdienstleistungen anbieten und erbringen lassen.

² Nicht als Sicherheitsdienstleistungen gelten Kontroll-, Aufsichts- und Verkehrsdienste von untergeordneter Bedeutung, namentlich Ticketkontrollen, Kassadienste, Besucherleitdienste und Besucherbetreuungsdienste. Die Konkordatskommission kann weitere Ausnahmen vorsehen.

II. Bewilligungen

Art. 4

Bewilligungspflicht

¹ Eine Bewilligung ist erforderlich für

- a) Sicherheitsangestellte;
- b) das Führen eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigniederlassung;
- c) den Betrieb eines Sicherheitsunternehmens oder einer Zweigniederlassung;
- d) den Einsatz von Diensthunden.

² Personen, die selbständig Sicherheitsdienstleistungen für Dritte anbieten und erbringen, bedürfen Bewilligungen nach Abs. 1 Bst. a und c.

³ Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) kann die Bewilligungspflicht ausschliessen für Sicherheitsangestellte, die Sicherheitsdienstleistungen nicht für Dritte, sondern ausschliesslich für das sie beschäftigende Unternehmen oder die sie beschäftigende Privatperson erbringen.

Art. 5

Bewilligungsvoraussetzungen

¹ Eine Bewilligung als Sicherheitsangestellte erhält eine Person, wenn

- a) sie Schweizer Staatsangehörige, Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation oder seit mindestens zwei Jahren Inhaberin einer Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung ist;
- b) sie handlungsfähig ist;
- c) sie die theoretische Grundausbildung für private Sicherheitsangestellte erfolgreich absolviert hat;
- d) keine im Strafregisterauszug erscheinende Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens vorliegt;
- e) sie mit Blick auf ihr Vorleben und ihr Verhalten für diese Tätigkeit als geeignet erscheint.

² Einer Person wird bewilligt, ein Sicherheitsunternehmen oder eine Zweigniederlassung zu führen, wenn sie

- a) Schweizer Staatsangehörige, Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation oder Inhaberin einer Niederlassungsbewilligung ist;
- b) die Voraussetzungen von Abs. 1 Bst. b–e erfüllt;
- c) die theoretische Grundausbildung zum Führen eines Sicherheitsunternehmens erfolgreich absolviert hat.

³ Einem Sicherheitsunternehmen bzw. einer Zweigniederlassung wird die Betriebsbewilligung erteilt, wenn

- a) eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens drei Millionen Franken besteht;
- b) gewährleistet ist, dass die Sicherheitsangestellten für die ihnen übertragenen Aufgaben hinreichend ausgebildet sind und regelmässig weitergebildet werden.

Art. 6

¹ Einer Person wird bewilligt, bei der Ausübung von Sicherheitsdienstleistungen einen Diensthund einzusetzen, wenn sie und der Hund dazu ausgebildet sind.

Bewilligung für den Einsatz von Diensthunden

² Die Kantone regeln die entsprechenden Prüfungen. Sie beachten dabei die Empfehlungen gemäss Art. 17 Abs. 2 lit. b. Sie können diese Prüfungen an Private delegieren.

³ In anderem Zusammenhang erteilte Befähigungsbescheinigungen und Bewilligungen werden berücksichtigt, soweit sie geeignet sind, die nach Abs. 1 erforderliche Ausbildung nachzuweisen.

Art. 7

¹ Bewilligungen nach Art. 4 Bst. a, b und d werden von den Behörden am Wohnsitz der gesuchstellenden Person, Bewilligungen nach Art. 4 Bst. c am Sitz des Sicherheitsunternehmens bzw. der Zweigniederlassung erteilt. Falls der Wohnsitz bzw. der Sitz ausserhalb des Konkordatsgebiets liegt, ist die Behörde an jenem Ort des Konkordatsgebiets zuständig, wo erstmals Sicherheitsdienstleistungen erbracht werden.

Verfahren

² Zur Prüfung der Eignung nach Art. 5 Abs. 1 Bst. e erteilen die Polizeistellen der Konkordatskantone den Bewilligungsbehörden Auskunft über die Daten, die sie über die gesuchstellende Person führen.

³ Für die Behandlung der Bewilligungsgesuche sind kostendeckende Gebühren zu entrichten.

⁴ Die Bewilligungsbehörden teilen sowohl die positiven als auch die negativen Entscheide betreffend Erteilung oder Verlängerung einer Bewilligung der Konkordatskommission mit.

⁵ Bei den Bewilligungsverfahren können sich die Bewilligungsbehörden administrativ durch die von der Konkordatskommission bezeichneten Branchenorganisationen unterstützen lassen.

Art. 8Legitimationsausweis;
Gültigkeitsdauer

¹ Mit Erteilung der Bewilligung wird der gesuchstellenden Person ein amtlicher Legitimationsausweis ausgehändigt. Beim Herstellungsprozess des Legitimationsausweises können sich die Bewilligungsbehörden administrativ durch die von der Konkordatskommission bezeichneten Branchenorganisationen unterstützen lassen.

² Die Bewilligungen sind drei Jahre gültig. Auf Gesuch werden sie erneuert, sofern die Bedingungen von Art. 5 und Art. 6 erfüllt sind.

Art. 9

Kontrolle

¹ Die gemäss Art. 7 Abs. 1 für Sicherheitsunternehmen bzw. Zweigniederlassungen zuständige Bewilligungsbehörde überwacht die Einhaltung dieses Konkordats.

² Sie kann dazu in den Räumlichkeiten des Unternehmens oder der Zweigniederlassung oder an den Einsatzorten Kontrollen vornehmen.

III. Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber**Art. 10**Unmittelbarer
Zwang

¹ Sicherheitsangestellte sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer beachten bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten das staatliche Gewaltmonopol.

² Sie dürfen nur in folgenden Fällen und unter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips unmittelbaren Zwang anwenden:

- a) rechtfertigende Notwehr und rechtfertigender Notstand nach Art. 15 und 17 StGB;
- b) Selbsthilfe nach Art. 52 Abs. 3 OR;
- c) Ausübung des Hausrechts;
- d) vorläufige Festnahme nach Art. 218 StPO;
- e) ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der Betroffenen zu Eingriffen, wie etwa Fahrzeug- und Effektenkontrolle oder Körperdurchsuchungen bei Grossanlässen;
- f) Eingriffe von untergeordneter Bedeutung bei der Wahrnehmung übertragener Staatsaufgaben.

Art. 11

Ausbildung

¹ Sicherheitsangestellte dürfen Sicherheitsdienstleistungen nur dann ausüben, wenn sie

- a) für die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben theoretisch und praktisch ausreichend ausgebildet sind;
- b) regelmässig weitergebildet werden.

² Die Sicherheitsunternehmen sorgen für die Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten nach Abs. 1. Sie dürfen Angestellte nur dann für Sicherheitsdienstleistungen einsetzen, wenn diese die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen.

³ Für den Einsatz von Diensthunden gelten Abs. 1 und 2 sinngemäss.

Art. 12

Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhaber

Pflichten im
Kontakt mit der
Polizei

- a) melden der Polizei die Gefährdung oder Verletzung bedeutsamer Rechtsgüter, sofern dies ein Einschreiten der Polizei erfordert;
- b) erteilen der Polizei auf Verlangen Auskunft über getroffene und geplante Einsatzmassnahmen;
- c) dürfen Handlungen der Polizei und anderer Behörden nicht behindern; bei gemeinsamen Einsätzen mit ihnen sind sie zur Zusammenarbeit verpflichtet;
- d) bewahren über ihre Wahrnehmungen aus den Tätigkeitsbereichen der Polizei Stillschweigen;
- e) übergeben der Polizei strafrechtlich relevante Gegenstände, die sie sichergestellt haben.

Art. 13

¹ Sicherheitsangestellte sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer weisen ihren Legitimationsausweis auf Verlangen vor:

Legitimation und
äussere
Erscheinung

- a) der Polizei, anderen Behörden sowie Auftraggebern der Sicherheitsdienstleistung;
- b) Privaten, mit denen sie in Kontakt treten.

² Sicherheitsangestellte müssen ihren Ausweis nicht vorweisen, wenn dies mit Blick auf die konkret erbrachte Sicherheitsdienstleistung nicht praktikabel ist oder wenn dadurch ihre Sicherheit gefährdet wird. Sicherheitsangestellte und Sicherheitsunternehmen gewährleisten für solche Fälle, dass die Angestellten einfach und zuverlässig identifiziert werden können.

³ Die Erscheinung von Sicherheitsunternehmen und ihrer Angestellten in der Öffentlichkeit darf zu keiner Verwechslung mit staatlichen Behörden und Institutionen Anlass geben. Insbesondere

- a) müssen sich die Uniformen und Fahrzeuge der Sicherheitsunternehmen deutlich von jenen der Polizei unterscheiden.
- b) dürfen sich die Sicherheitsunternehmen und ihre Angestellten nicht mit „Polizei“ oder ähnlichen Ausdrücken dieses Wortstammes wie zum Beispiel *politas*, *police*, *policy* oder *Privatpolizei* bezeichnen.

⁴ Werbung von Sicherheitsunternehmen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wesentlich beeinträchtigen kann, ist untersagt.

Art. 14

Bewaffnung und Ausrüstung

¹ Waffen dürfen nur für den Schutzdienst für Personen und Güter mit erhöhter Gefährdung sowie für Sicherheitstransporte von Personen, Gütern und Wertsachen getragen werden. Zudem sind die Bestimmungen des Waffenrechts des Bundes und der Kantone zu beachten.

² Für die Bewaffnung und Ausrüstung der Sicherheitsunternehmen und des Sicherheitspersonals sind die Ausführungsvorschriften und Empfehlungen gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. f zu beachten.

IV. Organisation**Art. 15**

Aufgaben der KKJPD

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

- a) bezeichnet die Mitglieder der Konkordatskommission;
- b) bezeichnet das Sekretariat der Konkordatskommission;
- c) beschliesst das Ausführungsrecht zu diesem Konkordat.

Art. 16Konkordatskommission
a. Zusammensetzung

¹ Die Konkordatskommission besteht aus

- a) einer Vertreterin oder einem Vertreter pro Polizeikonkordat, sofern wenigstens ein Mitglied des betreffenden Polizeikonkordats auch diesem Konkordat beigetreten ist,
- b) je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kantone Zürich und Tessin, sofern der Kanton Zürich bzw. der Kanton Tessin diesem Konkordat beigetreten ist.

² Mindestens die Hälfte der Mitglieder sind Regierungsvertreter. Ein Regierungsvertreter führt den Vorsitz. Bei Stimmengleichheit hat dieser den Stichentscheid.

³ Bei Bedarf zieht die Kommission Vertreterinnen und Vertreter der Branche der Sicherheitsunternehmen bei. Diese haben beratende Stimme.

Art. 17

b. Aufgaben

¹ Die Konkordatskommission beantragt der KKJPD den Erlass von Ausführungsrecht insbesondere über

- a) den Begriff der Sicherheitsdienstleistungen (Art. 3 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2);
- b) Ausnahmen von der Bewilligungspflicht gemäss Art. 4 Abs. 3;
- c) den Inhalt der theoretischen Grundausbildung nach Art. 5 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2 Bst. c.

² Sie erlässt Empfehlungen für die einheitliche Anwendung des Konkordats in den Kantonen, insbesondere über

- a) die erforderlichen Unterlagen zu einem Bewilligungsgesuch (Art. 5 und 6);
- b) den Prüfungsinhalt für den Einsatz von Diensthunden (Art. 6 Abs. 2);
- c) die für das Bewilligungsverfahren zu entrichtenden Gebühren (Art. 7 Abs. 3);
- d) Umfang und Modalitäten der administrativen Unterstützung der Bewilligungsbehörden durch die Branchenorganisationen (Art. 7 Abs. 5 und Art. 8 Abs. 1);
- e) Inhalt und Umfang der Aus- und Weiterbildung von Sicherheitsangestellten (Art. 11);
- f) die für Sicherheitsunternehmen und Sicherheitsangestellte verbotene Ausrüstung und die erlaubten Waffen (Art. 14 Abs. 2);
- g) die Anerkennung von ausserhalb des Konkordatsgebiets erlangten Fähigkeiten, Diplomen, Bewilligungen, Dokumenten jeglicher Art und weiterer Erkenntnisse (Art. 5, Art. 6, Art. 7 Abs. 2 und Art. 11).

³ Sie beauftragt die Branchenorganisationen, soweit diese Aufgaben nach diesem Konkordat erfüllen.

⁴ Sie führt eine Liste, in welcher die Personalien der Bewilligungsinhaberin oder des -inhabers und die Laufzeit der Bewilligung vermerkt sind. Die Daten dienen der Überprüfung der Echtheit und der Richtigkeit von sich im Umlauf befindenden Legitimationsausweisen. Auskunft über Registerdaten erhalten auf Anfrage alle Betroffenen gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a und b. Die Daten werden ein Jahr nach Ablauf einer Bewilligung gelöscht.

⁵ Sie führt eine Liste von Personen, deren Gesuch um Erteilung oder Verlängerung einer Bewilligung nach diesem Konkordat abgelehnt worden ist oder gegen die eine Sanktion gemäss Art. 20 ausgesprochen wurde. Die Liste enthält die Personalien der betroffenen Person sowie den Grund und die Art der getroffenen Massnahme. Die Konkordatskommission ermöglicht den Bewilligungsbehörden den Zugriff auf diese Liste. Die Daten werden vier Jahre nach ihrer Eintragung gelöscht.

⁶ Sie informiert die KKJPD periodisch über die Umsetzung dieses Konkordats.

Art. 18

Die Konkordatskommission kann einer Branchenorganisation mit deren Zustimmung und gegen kostendeckende Entschädigung folgende Aufgaben übertragen:

- a) Anbieten der theoretischen Grundausbildung nach Art. 5 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2 Bst. c einschliesslich Durchführung der Prüfungen;
- b) Entlastung der Behörden beim Bewilligungsverfahren nach Art. 7;

Branchen-
organisationen

- c) Entlastung der Behörden bei der Herstellung von Legitimationsausweisen nach Art. 8 Abs. 1;

V. Sanktionen und Schlussbestimmungen

Art. 19

Übertretungen

¹ Mit Busse nicht unter Fr. 500 wird bestraft, wer ohne Bewilligung Tätigkeiten ausübt, für die nach diesem Konkordat eine Bewilligung erforderlich ist.

² Mit Busse nicht unter Fr. 200 wird bestraft, wer in schwerwiegender Weise gegen Art. 10–14 verstösst.

³ Die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches betreffend die Übertretungen sind anwendbar.

⁴ Fahrlässigkeit, Versuch und Helferschaft sind strafbar. Nicht strafbar ist die fahrlässige Zuwiderhandlung gegen Art. 12 Bst. a.

Art. 20

Weitere Sanktionen

¹ Sind die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung nicht mehr erfüllt, wird sie entzogen.

² Verstösst eine Person gegen Art. 10–14, wird ihr ein Verweis erteilt oder eine Ordnungsbusse bis Fr. 200 gegen sie verhängt. In schwerwiegenden Fällen wird die Bewilligung sistiert oder entzogen. Eine Busse nach Art. 19 Abs. 2 bleibt vorbehalten.

³ Ordnet die Bewilligungsbehörde eine Sanktion nach diesem Artikel an, teilt sie dies der Konkordatskommission mit.

Art. 21

Inkrafttreten und Kündigung

¹ Die KKJPD setzt dieses Konkordat in Kraft, sobald ihm fünf Kantone beigetreten sind und die Vorbereitungen für den Vollzug abgeschlossen sind.

² Jeder Kanton kann die Mitgliedschaft im Konkordat mit einer Frist von zwölf Monaten auf Ende eines Kalenderjahres kündigen.

Art. 22

Weitergeltung bestehender Bewilligungen

¹ Bewilligungen, die vor Inkrafttreten dieses Konkordats ausgestellt worden sind, bleiben während längstens zwei Jahren gültig.

² In Kantonen, in denen vor dem Beitritt zu diesem Konkordat keine oder nicht alle Bewilligungspflichten gemäss diesem Konkordat galten, müssen die erforderlichen Bewilligung innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt des Kantons zu diesem Konkordat eingeholt werden.

Participaziun dal chantun Grischun al concordat davart las prestaziuns da segirezza privatas

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala ,
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 20 d'october 2014,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha al concordat davart las prestaziuns da segirezza privatas dals 12 da november 2010 ¹⁾.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun al concordat davart las prestaziuns da segirezza privatas.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.

¹⁾ DG 613.210

Concordat davart las prestaziuns da segirezza privatas

dals 12 da november 2010

I. En general

Art. 1

Quest concordat regla la furniziun da prestaziuns da segirezza tras Object
persunas u interpresas privatas.

Art. 2

Per dar permissiuns ed areguard las obligaziuns da las titularas e dals Resalva dal dretg
titulars d'ina permissiun pon ils chantuns prevair regulaziuns pli severas, chantunal
uschenavant che quellas èn cumpatiblas cun la lescha federala dals
6 d'october 1995 davart il martgà intern e cun la cunvegna davart la libra
circulaziun dals 21 da zercladur 1999.

Art. 3

¹ En il senn da questa lescha valan sco:

Noziuns

- a) prestaziuns da segirezza: las suandantas activitads, cun resalva da
l'alinea 2:
1. servetschs da controlla e da surveglianza, en spezial controllas
d'access inclusiv il servetsch da portier, servetschs d'assistenza
da segirezza, servetschs da bloccada sco er controllas da
vehichels e d'effects persunals;
 2. servetschs da traffic, en spezial la regulaziun dal traffic sin vias e
plazzas sco er controllas dal traffic en paus;
 3. servetschs da guardia e da surveglianza, en spezial la protecziun
d'ovras, servetschs da defensiun, servetschs cun chauns e
servetschs da surveglianza;
 4. servetschs da protecziun per persunas e per bains spezialmain
periclitads, en spezial servetschs d'urden, servetschs
d'intervenziun sco er la protecziun armada d'objects e da
persunas;
 5. servetschs d'assistenza per autoritads, en spezial patruglias en il
sectur public e servetschs da salter;
 6. transports da segirezza da persunas, da rauba u d'objects da
valur, en spezial transports da persunas arrestadas e d'objects da
valur;

7. servetschs da retschertga, en spezial observaziuns, activitads da detectiv e controllas per impedir enguladitschs;
 8. servetschs en centralas, en spezial la gestiun da centralas d'alarm, d'acziun e da segirezza.
- b) employadas ed employads da segirezza: persunas che furneschan prestaziuns da segirezza;
 - c) interpresas da segirezza: persunas natiralas e giuridicas che offran e che laschan furnir prestaziuns da segirezza.
- ² Betg sco prestaziuns da segirezza valan servetschs da controlla, da surveglianza e da traffic d'impurtanza subordinada, en spezial controllas da bigliets, servetschs da cassa, servetschs da guid e d'assistenza per las visitadras ed ils visitaders. La cumissiun da concordat po prevar ulteriuras excepziuns.

II. Permissiuns

Art. 4

Obligaziun da dumandar ina permissiun

¹ Ina permissiun è necessaria per:

- a) employadas ed employads da segirezza;
- b) la direenziun d'ina interpresa da segirezza u d'ina filiala;
- c) la gestiun d'ina interpresa da segirezza u d'ina filiala;
- d) l'utilisaziun da chauns da servetsch.

² Persunas che offran e che furneschan independentamain prestaziuns da segirezza per terzas persunas dovran permissiuns tenor l'alinea 1 literas a e c.

³ La conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP) po excluder l'obligaziun da dumandar ina permissiun per employadas e per employads da segirezza, che na furneschan betg prestaziuns da segirezza per terzas persunas, mabain exclusivamain per l'interpresa u per la persuna privata che ha engaschè ellas ed els.

Art. 5

Premisas per la permissiun

¹ Ina permissiun d'employada u d'employà da segirezza survegn ina persuna, sche:

- a) ella è burgaisa svizra ubain burgaisa d'in stadi commember da l'Uniu europeica u da l'Associazium europeica da commerzi liber ubain posseda dapi almain 2 onns ina permissiun da domicil u da dimora;
- b) ella è abla d'agir;
- c) ella ha absolvi cun success la scolaziun da basa per employadas e per employads da segirezza privats;
- d) ses extract dal register penal na cuntogna betg ina sentenza pervia d'in crim u pervia d'in delict;

e) ella para dad esser adattada per questa activitad, resguardond sia vita anteriura e ses cumportament.

² Ina persuna survegn la permissiun da manar ina interpresa da segirezza u ina filiala, sche:

- a) ella è burgaisa svizra ubain burgaisa d'in stadi commember da l'Uniu europeica u da l'Associazion europeica da commerzi liber ubain posseda ina permissiun da domicil;
- b) ella ademplescha las premissas da l'aleina 1 literas b fin e;
- c) ella ha absolvì cun success la scolaziun da basa teoretica per manar ina interpresa da segirezza.

³ Ina interpresa da segirezza resp. ina filiala survegn la permissiun da manaschi, sche:

- a) igl exista in'assicuranza da responsabladad da manaschi cun ina summa da garanzia da minimalmain 3 milliuns francs;
- b) igl è garanti che las emploiadas ed ils emploiads da segirezza sajan scolads sufficientamain per las incumbensas che vegnan delegadas ad ellas ed ad els, e ch'ellas ed els absolvian regularmain furmaziuns supplementaras.

Art. 6

¹ Ina persuna survegn la permissiun d'utilisar in chaun da servetsch tar la furniziun da las prestaziuns da segirezza, sch'ella ed il chaun èn scolads per quest intent.

Permissiun per l'utilisaziun da chauns da servetsch

² Ils chantuns reglan ils examens correspundents. Els respectan en quest connex las recumandaziuns tenor l'artitgel 17 aleina 2 litera b. Els pon delegar quests examens a personas privatas.

³ Attests da qualificaziun e permissiuns che vegnan dads en in auter connex vegnan resguardads, uschenavant ch'els èn adattads per cumprovar la scolaziun ch'è necessaria tenor l'aleina 1.

Art. 7

¹ Permissiuns tenor l'artitgel 4 literas a, b e d vegnan dadas tras las autoritads al lieu da domicil da la persuna petenta, permissiuns tenor l'artitgel 4 litera c vegnan dadas tras las autoritads a la sedia da l'interpresa da segirezza resp. da la filiala. Sch'il lieu da domicil resp. la sedia è ordaifer il territori da concordat, è cumpetenta l'autorità a quel lieu en il territori da concordat, nua ch'i vegnan furnidas l'emprima giada prestaziuns da segirezza.

Procedura

² Per examinar la qualificaziun tenor l'artitgel 5 aleina 1 litera e dattan ils posts da polizia dals chantuns da concordat a las autoritads da permissiun infurmaziuns davart las datas ch'els han registrà davart la persuna petenta.

³ Per il tractament da dumondas da permissiun ston vegnir pajadas taxas che cuvran ils custs.

⁴ Las autoritads da permissiun annunzian a la cumissiun da concordat tant las decisiuns positivs sco er las decisiuns negativs concernent la concessiun u la prolungaziun d'ina permissiun.

⁵ En las proceduras da permissiun pon las autoritads da permissiun sa laschar sustegnair administrativamain tras las organisaziuns da bransch che la cumissiun da concordat ha designà.

Art. 8

Attest da
legitimaziun;
valaivladad

¹ Cun la concessiun d'ina permissiun vegn consegnà a la persuna petenta in attest da legitimaziun uffizial. En il process da produenziun da l'attest da legitimaziun pon las autoritads da permissiun sa laschar sustegnair administrativamain tras las organisaziuns da bransch che la cumissiun da concordat ha designà.

² Las permissiuns valan 3 onns. Ellas vegnan renovadas sin dumonda, sche las premissas dals artitgels 5 e 6 èn ademplidas.

Art. 9

Controlla

¹ L'autoridad da permissiun ch'è cumpetenta per las interpresas da segirezza resp. per las filialas tenor l'artitgel 7 alinea 1, controlla ch'il concordat vegnia observà.

² Per quest intent po ella far controllas en las localitads da l'interpresa u da la filiala ubain als lieus d'acziun.

III. Obligaziuns da las titularas e dals titulars d'ina permissiun

Art. 10

Sforz direct

¹ Las emploiadas ed ils emploiads da segirezza sco er las gestiunarias ed ils gestiunaris respectan tar l'execuziun da lur activitads il monopul da pussanza dal stadi.

² Ellas ed els dastgan applitgar il sforz direct mo en ils suandants cas e respectond il princip da commensurabladad:

- a) defensiun legitima giustifitgada e stadi d'urgenza giustifitgant tenor ils artitgels 15 e 17 CP;
- b) agid a sazez tenor l'artitgel 52 alinea 3 DO;
- c) execuziun dal dretg da domicili;
- d) arrestaziun provisorica tenor l'artitgel 218 CPP;
- e) consentiment explicit u implicit da las persunas pertutgadas ad intervenziuns, sco controllas da vehichels e dals effects persunals ubain perquisiziuns corporalas en cas d'occurrènzas grondas;
- f) intervenziuns d'impurtanza subordinada tar l'adempliment d'incumbensas delegadas dal stadi.

Art. 11

¹ Las emploiadas ed ils emploiads da segirezza dastgan furnir prestaziuns da segirezza mo, sche: Scolaziun

- a) ellas ed els èn scolads suffizientamain en la pratica ed en la teoria per ademplir las incumbensas delegadas;
- b) ellas ed els absolvan regularmain furmaziuns supplementaras.

² Las interpresas da segirezza procuran per la scolaziun e per la furmaziun supplementara da lur emploiadas ed emploiads tenor l'alineia 1. Ellas dastgan engaschar emploiadas ed emploiads per prestaziuns da segirezza mo, sche quellas e quels adempleschan las premissas tenor l'alineia 1.

³ Per l'utilisaziun da chauns da servetsch valan ils alineas 1 e 2 tenor il senn.

Art. 12

Titularas e titulars d'ina permissiun:

- a) annunzian a la polizia la periclitaziun u la violaziun da bains giuridics impurtants, sch'igl è necessari che la polizia intervegna;
- b) dattan sin giavisch a la polizia infurmaziuns davart mesiras d'intervenziun prendidas e planisadas;
- c) na dastgan betg impedir acziuns da la polizia e d'autras autoritads; en cas d'acziuns cuminaivlas èn ellas ed els obligads da collavurar;
- d) tegnan secretas las constataziuns fatgas en connex cun la lavur da la polizia;
- e) surdattan a la polizia objects che han ina relevanza penala e ch'ellas ed els han mess en segirezza.

Obligaziuns en il contact cun la polizia

Art. 13

¹ Sin dumonda preschantan las emploiadas ed ils emploiads da segirezza sco er las gestiunarias ed ils gestiunaris lur attest da legitimaziun: Legitimaziun ed aspect exteriur

- a) a la polizia, ad autras autoritads sco er a las incumbensadras ed als incumbensaders da la prestaziun da segirezza;
- b) a personas privatas, cun las qualas ellas ed els entran en contact.

² Las emploiadas ed ils emploiads da segirezza na ston betg preschentar lur attest da legitimaziun, sche quai n'è betg praticabel en vista a la prestaziun da segirezza concreta ubain sche lur segirezza vegn periclitada tras quai. Las emploiadas ed ils emploiads da segirezza sco er las interpresas da segirezza garanteschan en tals cas, che las emploiadas ed ils emploiads possian vegnir identifitgads en moda facil e fidada.

³ L'apparientscha d'interpresas da segirezza e da lur emploiadas ed emploiads en la publicitad na dastga betg chaschunar scumbigls cun autoritads e cun instituziuns dal stadi. En spezial:

- a) ston las unifurmas ed ils vehichels da las interpresas da segirezza sa distinguer cleramain da quellas e quels da la polizia;

b) na dastgan las interpresas da segirezza e lur employiadas ed employiads betg sa designar sco "polizia" u cun expressiuns sumegliantas dal medem tschep, sco per exempel politas, police, policy u polizia privata.

⁴ Reclamas d'interpresas da segirezza che pon pregiuditgar considerablaimain il sentiment da segirezza da la populaziun èn scumandadas.

Art. 14

Armas ed
equipament

¹ Armas dastgan vegnir purtadas mo per il servetsch da protecziun per persunas e per bains spezialmain periclitads sco er per transports da segirezza da persunas, da rauba e d'objects da valor. Ultra da quai ston vegnir respectadas las disposiziuns dal dretg d'armas da la confederaziun e dals chantuns.

² Per las armas e per l'equipament da las interpresas da segirezza e dal personal da segirezza ston vegnir observadas las prescripziuns executivas e las recumandaziuns tenor l'artitgel 17 alinea 2 litera f.

IV. Organisaziun

Art. 15

Incumbensas da
la CDCGP

La conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP):

- a) designescha las commembras ed ils commembers da la cumissiun da concordat;
- b) designescha il secretariat da la cumissiun da concordat;
- c) decida davart il dretg d'execuziun da quest concordat.

Art. 16

Cumissiun da
concordat
a. cumposiziun

¹ La cumissiun da concordat sa cumpona da:

- a) ina represchentanta u in represchentant per concordat da polizia, uschenavant che almain ina commembra u in commember dal concordat da polizia respectiv sa participescha a quest concordat;
- b) mintgamain ina represchentanta u in represchentant dals chantuns Turitg e Tessin, sch'il chantun Turitg resp. il chantun Tessin sa participescha a quest concordat.

² Almain la mesadad da las commembras e dals commembers èn represchentantas e represchentants da las regenzas. Ina represchentanta u in represchentant d'ina regenza ha il presidi. En cas da paritad da las vuschs prenda quella u quel la decisiun da tagl.

³ En cas da basegn consultescha la cumissiun represchentantas e represchentants da la branscha da las interpresas da segirezza. Quellas e quels han ina vusch consultativa.

Art. 17

¹ La cumissiun da concordat dumonda la CDCGP da relaschar il dretg b. incumbensas d'execuziun, en spezial davart:

- a) la noziun da las prestaziuns da segirezza (art. 3 al. 1 lit. a ed al. 2);
- b) excepziuns da l'obligaziun da dumandar ina permissiun tenor l'artitgel 4 alinea 3;
- c) il cuntegn da la scolaziun da basa teoretica tenor l'artitgel 5 alineas 1 litera c e 2 litera c.

² Ella relascha recumandaziuns per l'applicaziun unifurma dal concordat en ils chantuns, en spezial davart:

- a) ils documents necessaris per far ina dumonda da permissiun (art. 5 e 6);
- b) il cuntegn da l'examen per utilizar chauns da servetsch (art. 6 al. 2);
- c) las taxas che ston vegnir pajadas per la procedura da permissiun (art. 7 al. 3);
- d) la dimensiun e las modalitads dal sustegn administrativ per las autoritads da permissiun tras las organisaziuns da branscha (art. 7 al. 5 ed 8 al. 1);
- e) il cuntegn e la dimensiun da la scolaziun e da la furnaziun supplementara d'employadas e d'employads da segirezza (art. 11);
- f) l'equipament scumandà e las armas permessas per interpresas da segirezza e per lur employadas ed employads (art. 14 al. 2);
- g) la renconuschientscha da qualificaziuns, da diploms, da permissiuns, da documents da tut gener e d'ulteriuras enconuschientschas obtegnids ordaifer il territori chantunal (art. 5, 6, 7 al. 2 ed 11).

³ Ella surveglia las organisaziuns da branscha, uschenavant che quellas adempleschan incumbensas tenor quest concordat.

⁴ Ella maina ina glista cun las persunalias da la titulara u dal titular da la permissiun sco er cun la durada da la permissiun. Las datas servan a controllar l'autenticitad e la correctadad dals attests da legitimaziun ch'èn en circulaziun. Infurmaziuns sin dumonda davart las datas da register survegnan tut las persunas pertutgadas tenor l'artitgel 13 alinea 1 literas a e b. Las datas vegnan stizzadas 1 onn suenter la scadenza da la permissiun.

⁵ Ella maina ina glista da persunas, da las qualas la dumonda per conceder u per prolungar ina permissiun tenor quest concordat è vegnida refusada u cunter las qualas è vegnida pronunziada ina sancziun tenor l'artitgel 20. La glista cuntegna las persunalias da la persuna pertutgada sco er il motiv ed il gener da la mesira prendida. La cumissiun da concordat permetta a las autoritads da permissiun l'access a questa glista. Las datas vegnan stizzadas 4 onns suenter lur registraziun.

⁶ Ella infurmescha la CDCGP periodicamain davart la realisaziun da quest concordat.

Art. 18Organisaziuns da
bransch

La cumissiun da concordat po delegar ad in'organisaziun da bransch cun ses consentiment e cunter ina indemnisaziun che cuvra ils custs las suandantas incumbensas:

- a) porscher la scolaziun da basa teoretica tenor l'artitgel 5 alineas 1 litera c e 2 litera c inclusiv realisar ils examens;
- b) distgargiar las autoritads tar la procedura da permissiun tenor l'artitgel 7;
- c) distgargiar las autoritads d'emetter attests da legitimaziun tenor l'artitgel 8 alinea 1.

V. Sancziuns e disposiziuns finalas**Art. 19**

Surpassaments

¹ Cun ina multa d'almain 500 francs vegn chastià, tgi ch'exequescha senza ina permissiun activitads che dovran ina permissiun tenor quest concordat.

² Cun ina multa d'almain 200 francs vegn chastià, tgi che cuntrafa en moda gravanta als artitgels 10 fin 14.

³ Las disposiziuns dal cudesch penal svizzer concernent ils surpassaments èn applitgabras.

⁴ La negligentscha, l'emprova e la cumplicitad èn chastiabras. Betg chastiabra n'è la cuntravenziun per negligentscha cunter l'artitgel 12 litera a.

Art. 20Ulteriuras
sancziuns

¹ Sche las premissas per la concessiun d'ina permissiun n'èn betg pli ademplidas, vegn la permissiun retratga.

² Sch'ina persuna cuntrafa als artitgels 10 fin 14, survegn ella ina reprimanda u ina multa disciplinara da fin a 200 francs. En cas gravants vegn la permissiun sistida u retratga. Ina multa tenor l'artitgel 19 alinea 2 resta resalvada.

³ Sch'ina autoritad da permissiun ordinescha ina sancziun tenor quest artitgel, communitgescha ella quai a la cumissiun da concordat.

Art. 21Entrada en vigur
e desditga

¹ La CDCGP metta en vigur quest concordat, uschespert che tschintg chantuns èn sa participads ed uschespert che las preparativas per l'execuziun èn terminadas.

² Mintga chantun po desdir sia commembranza per la fin d'in onn chalendar, e quai observond in termin da 12 mais.

Art. 22

¹ Permissiuns ch'èn vegnidas dadas avant l'entrada en vigur da quest concordat, restan valaivlas durant maximalmain 2 onns.

Valaivladad da
permissiuns
dadas

² En chantuns, nua ch'i na valevan avant la participaziun a quest concordat naginas u betg tut las obligaziuns da dumandar ina permissiun tenor quest concordat, ston vegnir dumandadas las permissiuns necessarias entaifer 2 onns suenter la participaziun dal chantun a quest concordat.

Adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato sulle prestazioni di sicurezza private

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 20 ottobre 2014,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce al Concordato sulle prestazioni di sicurezza private del 12 novembre 2010 ¹⁾.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione al Concordato sulle prestazioni di sicurezza private.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

¹⁾ CSC 613.210

Concordato sulle prestazioni di sicurezza private

del 12 novembre 2010

I. Generalità

Art. 1

Il presente concordato disciplina la prestazione di compiti di sicurezza da parte di persone o imprese private. Oggetto

Art. 2

I cantoni possono prevedere regole più severe per quanto concerne il rilascio di autorizzazioni e gli obblighi dei titolari di un'autorizzazione purché queste siano compatibili con la legge federale del 6 ottobre 1995 sul mercato interno e l'accordo del 21 giugno 1999 sulla libera circolazione delle persone. Riserva del diritto cantonale

Art. 3

¹ Ai sensi del presente concordato si intende per Designazioni

- a) Prestazioni di sicurezza: tutte le attività elencate di seguito, ad eccezione del capoverso 2:
1. Prestazioni di controllo e di sorveglianza, segnatamente controlli agli ingressi compresa la sorveglianza di edifici pubblici, prestazioni di assistenza di sicurezza (cosiddette prestazioni di steward), prestazioni di sbarramento come pure controllo di veicoli e di effetti personali;
 2. Prestazioni di circolazione, segnatamente disciplinamento del traffico su strade e piazze come pure controlli dei veicoli in stazionamento;
 3. Prestazioni di guardia e di sorveglianza, segnatamente protezione di opere, sorveglianza con ronde, prestazioni di conducenti di cani e prestazioni di sorveglianza;
 4. Prestazioni di protezione di persone e di beni particolarmente minacciati, segnatamente prestazioni d'ordine, prestazioni di intervento e protezione armata di beni o di persone;
 5. Prestazioni di assistenza alle autorità, segnatamente pattugliamento di spazi pubblici e prestazioni di usciere;
 6. Trasporti securizzati di persone, di beni o di valori, segnatamente trasporti di detenuti e trasporti di valori;
 7. Ricerca di informazioni, segnatamente osservazioni, attività di investigazione e sorveglianza contro i furti;

8. Prestazioni centrali, segnatamente gestione di centrali d'allarme, di intervento e di sicurezza.
- b) Agenti di sicurezza: le persone che forniscono prestazioni di sicurezza;
- c) Imprese di sicurezza: le persone giuridiche e fisiche che offrono o forniscono prestazioni di sicurezza.

² Non sono considerate prestazioni di sicurezza le prestazioni di controllo, di sorveglianza o di circolazione di minima importanza, segnatamente il controllo di biglietti, il servizio di cassa, i controlli d'entrata o di accompagnamento in occasione di grandi manifestazioni. La commissione concordataria può prevedere altre eccezioni.

II. Autorizzazioni

Art. 4

Obbligo di autorizzazione

¹ Un'autorizzazione è richiesta per

- a) gli agenti di sicurezza;
- b) la direzione di un'impresa di sicurezza o di una succursale;
- c) l'esercizio di un'impresa di sicurezza o di una succursale;
- d) l'impiego di cani di intervento.

² Le persone che offrono a titolo indipendente prestazioni di sicurezza a terzi richiedono un'autorizzazione in virtù del capoverso 1 lettere a e c.

³ La Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) può esentare dall'autorizzazione obbligatoria gli agenti di sicurezza che forniscono prestazioni non a terzi bensì esclusivamente all'impresa o alla persona che li impiega.

Art. 5

Presupposti per l'autorizzazione

¹ Chiunque può ottenere l'autorizzazione all'esercizio dell'attività di agente di sicurezza se

- a) è di nazionalità svizzera, cittadino di uno Stato membro dell'Unione europea o dell'Associazione europea di libero scambio, o titolare di un'autorizzazione di soggiorno o di residenza da almeno due anni;
- b) ha l'esercizio dei diritti civili;
- c) ha seguito e terminato con successo la formazione teorica di base per esercitare l'attività di agente di sicurezza privato;
- d) il suo casellario giudiziale non riporta alcuna condanna per crimini o delitti;
- e) sembra, sulla base dei suoi precedenti e del suo comportamento, avere le qualità richieste per esercitare questa attività.

² Chiunque è autorizzato a dirigere un'impresa di sicurezza o una succursale se

- a) è di nazionalità svizzera, cittadino di uno Stato membro dell'Unione europea o dell'Associazione europea di libero scambio, o titolare di un'autorizzazione di residenza;
- b) adempie alle condizioni enunciate al capoverso 1 lettere b-e;
- c) ha seguito e terminato con successo la formazione teorica di base per dirigere un'impresa di sicurezza.

³ Un'impresa di sicurezza o una sua succursale riceve un'autorizzazione d'esercizio se

- a) dispone di un'assicurazione per la responsabilità civile la cui copertura ammonta ad almeno tre milioni di franchi;
- b) garantisce che i propri agenti di sicurezza sono correttamente formati ai compiti che vengono loro affidati e beneficiano regolarmente di una formazione continua.

Art. 6

¹ Chiunque è autorizzato a impiegare un cane nell'esercizio di attività di sicurezza a condizione che il conducente e il cane siano formati a tale scopo.

Autorizzazione all'impiego di cani di intervento

² I cantoni disciplinano le modalità degli esami richiesti conformandosi alle raccomandazioni previste dall'articolo 17 capoverso 2 lettera b. Essi possono delegare questi esami a privati.

³ Gli attestati di capacità e le autorizzazioni già rilasciate sono riconosciute se permettono di provare che la formazione richiesta al capoverso 1 è stata seguita.

Art. 7

¹ Le autorizzazioni previste dall'articolo 4 capoverso 1 lettere a, b e d sono di competenza delle autorità del luogo di domicilio del richiedente; le autorizzazioni previste dall'articolo 4 capoverso 1 lettera c, dalle autorità del luogo in cui ha sede l'impresa di sicurezza o la sua succursale. Se il domicilio o la sede si trovano al di fuori dello spazio concordatario, le autorità competenti sono quelle del luogo nello spazio concordatario dove le prestazioni di sicurezza sono fornite per la prima volta.

Procedura

² Per l'esame delle condizioni poste dall'articolo 5 capoverso 1, i servizi di polizia dei cantoni firmatari trasmettono alle autorità che rilasciano l'autorizzazione i dati di cui dispongono sulla persona del richiedente.

³ A copertura delle spese generate dal trattamento delle domande di autorizzazione viene prelevata una tassa.

⁴ Le autorità competenti comunicano alla commissione concordataria tutte le decisioni, positive o negative, concernenti il rilascio o il rinnovo di un'autorizzazione.

⁴ Per la procedura di autorizzazione e il rilascio di autorizzazioni, le autorità competenti possono richiedere un sostegno amministrativo alle organizzazioni di categoria designate dalla commissione concordataria.

Art. 8

Tessera di
legittimazione;
durata e validità

¹ Oltre all'autorizzazione, il richiedente riceve una tessera di legittimazione ufficiale. Per la confezione della tessera di legittimazione, le autorità che rilasciano l'autorizzazione possono ottenere il sostegno amministrativo delle organizzazioni di categoria designate dalla commissione concordataria.

² Le autorizzazioni sono valide tre anni. Su richiesta, esse possono essere rinnovate purché le condizioni di cui agli articoli 5 e 6 siano adempite.

Art. 9

Controlli

¹ Le autorità competenti per rilasciare le autorizzazioni alle imprese di sicurezza o alle loro succursali conformemente all'articolo 7 capoverso 1 vegliano sul rispetto del presente concordato.

² Esse possono a questo titolo procedere a controlli nei locali dell'impresa o della succursale, o sui luoghi di intervento.

III. Obblighi dei titolari di un'autorizzazione

Art. 10

Esecuzione
diretta

¹ Nell'esercizio delle loro funzioni, gli agenti di sicurezza come pure i dirigenti delle imprese di sicurezza rispettano il monopolio della forza pubblica.

² Essi non possono ricorrere all'esecuzione diretta tranne che nei casi seguenti, rispettando il principio della proporzionalità:

- a) legittima difesa o stato di necessità esimente conformemente agli articoli 15 e 17 CP;
- b) uso autorizzato della forza conformemente all'articolo 52 capoverso 3 CO;
- c) esercizio del diritto di domicilio;
- d) arresto provvisorio ai sensi dell'articolo 218 CPP;
- e) interventi con consenso esplicito o tacito degli interessati, quali controlli di veicoli o di effetti personali o perquisizioni corporali, in occasione di grandi manifestazioni;
- f) interventi minori nel quadro di compiti delegati da collettività pubbliche.

Art. 11

Formazione

¹ Gli agenti di sicurezza non possono esercitare la loro attività che a condizione di

- a) essere sufficientemente formati, in teoria e in pratica, per i compiti che vengono loro affidati;
- b) beneficiare regolarmente di una formazione continua.

² Le imprese di sicurezza vegliano sulla formazione e sulla formazione continua dei loro agenti ai sensi del capoverso 1. Esse non possono affidare compiti di sicurezza che ad agenti che adempiono alle condizioni elencate al capoverso 1.

³ I capoversi 1 e 2 si applicano per analogia all'impiego di cani di intervento.

Art. 12

I titolari di un'autorizzazione devono

- a) annunciare alla polizia la lesione o la messa in pericolo di beni giuridicamente importanti qualora si riveli necessario il suo intervento;
- b) informare su richiesta la polizia circa le misure di intervento adottate o previste;
- c) evitare di ostacolare le azioni della polizia o di altre autorità; essi sono tenuti a collaborare in caso di interventi comuni con queste autorità;
- d) mantenere il segreto sulle constatazioni effettuate grazie alle attività della polizia;
- e) consegnare alla polizia qualunque oggetto che essi avranno sequestrato e che avrebbe un interesse sotto il profilo del diritto penale.

Doveri in
relazione alla
polizia

Art. 13

¹ Gli agenti di sicurezza come pure i dirigenti delle imprese di sicurezza esibiscono, su richiesta, la loro tessera di legittimazione:

- a) alla polizia, ad altre autorità come pure ai clienti delle prestazioni di sicurezza;
- b) ai privati con i quali entrano in contatto.

Legittimazione e
aspetto esterno

² Gli agenti di sicurezza non sono tenuti ad esibire la loro tessera di legittimazione nei casi in cui ciò fosse loro impossibile al momento in cui forniscono la prestazione oppure se la loro sicurezza è in pericolo. In previsione di tali casi, gli agenti e le imprese di sicurezza si assicurano che ciascun agente in funzione possa essere identificato in maniera semplice e affidabile.

³ L'immagine delle imprese di sicurezza e l'aspetto dei loro agenti non devono prestarsi ad alcuna confusione con le autorità e istituzioni statali. In particolare,

- a) le uniformi e i veicoli delle imprese di sicurezza devono distinguersi chiaramente da quelli della polizia;
- b) le imprese di sicurezza e i loro impiegati devono astenersi dall'uso, per designarsi, del termine «polizia» o di qualunque derivato da questo sostantivo, ad esempio politas, policy, Polizia o Polizia privata.

⁴ È vietata qualunque pubblicità suscettibile di esacerbare profondamente il sentimento di insicurezza della popolazione.

Art. 14

Armamento e equipaggiamento

¹ Il porto d'armi è ammesso unicamente per le prestazioni di protezione di persone o di beni seriamente minacciati o per il trasporto securizzato di persone, di beni o di valori. Peraltro vanno rispettate le disposizioni del diritto federale e cantonale sulle armi.

² L'armamento e l'equipaggiamento delle imprese di sicurezza e degli agenti di sicurezza devono conformarsi alle prescrizioni di esecuzione e alle raccomandazioni previste dall'articolo 17 capoverso 2 lettera f.

IV. Organizzazione

Art. 15

Compiti della CDDGP

La Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP)

- a) designa i membri della commissione concordataria;
- b) designa il segretariato della commissione concordataria;
- c) emana le disposizioni di esecuzione del presente concordato.

Art. 16

Commissione concordataria
a. Composizione

¹ La commissione concordataria si compone

- a) di un(a) rappresentante per concordato di polizia purché almeno un membro del citato concordato sia firmatario del presente concordato;
- b) da un(a) rappresentante dei cantoni di Zurigo e del Ticino purché questi cantoni siano firmatari del presente concordato.

² Almeno la metà dei membri sono rappresentanti dei governi cantonali. La presidenza è assicurata da un consigliere di Stato. In caso di parità di voti, quello del presidente è determinante.

³ In caso di necessità, la commissione concordataria ricorre a rappresentanti della categoria delle imprese di sicurezza. Queste persone hanno un voto consultivo.

Art. 17

¹ La commissione concordataria incarica la CDDGP di emanare le disposizioni di esecuzione intese a disciplinare segnatamente b. Compiti

- a) la definizione delle prestazioni di sicurezza (art. 3 cpv. 1 lett. a e cpv. 2);
- b) le eccezioni all'autorizzazione obbligatoria giusta l'articolo 4 capoverso 3;
- c) il contenuto della formazione teorica di base previsto dall'articolo 5 capoverso 1 lettera c e capoverso 2 lettera c.

² Essa formula delle raccomandazioni per assicurare l'applicazione uniforme del concordato nei cantoni, concernenti segnatamente

- a) i documenti richiesti per presentare una domanda di autorizzazione (art. 5 e 6);
- b) il contenuto dell'esame che autorizza l'impiego di cani di intervento (art. 6 cpv. 2);
- c) l'ammontare gli emolumenti a copertura dei costi della procedura di autorizzazione (art. 7 cpv. 3);
- d) l'estensione e le modalità del sostegno amministrativo che le autorità possono richiedere alle organizzazioni di categoria (art. 7 cpv. 5 e art. 8 cpv. 1);
- e) il contenuto e l'estensione della formazione e della formazione continua degli agenti di sicurezza (art. 11);
- f) l'equipaggiamento vietato e le armi consentite alle imprese di sicurezza e agli agenti di sicurezza (art. 14 cpv. 2);
- g) il riconoscimento di attitudini, diplomi, autorizzazioni, documenti di qualunque genere e altri requisiti richiesti al di fuori dello spazio concordatario (art. 5, art. 6, art. 7 cpv. 2 e art. 11).

³ Essa esercita la sorveglianza sulle organizzazioni di categoria per quanto queste ultime esercitano delle attività che rientrano nel presente concordato.

⁴ Essa tiene un registro comprendente i dati personali dei titolari di un'autorizzazione come pure la durata dell'autorizzazione. I dati servono a verificare l'autenticità e l'esattezza delle tessere di legittimazione in circolazione. Qualunque persona interessata ai sensi dell'articolo 13 capoverso 1 lettere a e b può su richiesta essere informata sui dati contenuti nel registro. I dati sono cancellati un anno dopo la scadenza dell'autorizzazione.

⁵ Essa tiene un registro delle persone la cui domanda di rilascio o di rinnovo di un'autorizzazione secondo il presente concordato è stata rifiutata o contro la quale è stata pronunciata una sanzione ai sensi dell'articolo 20. Il registro contiene i dati personali della persona interessata come pure il motivo e il genere di misure adottate. La

commissione concordataria consente alle autorità che rilasciano l'autorizzazione di accedere a questo registro. I dati vengono cancellati quattro anni dopo la loro registrazione.

⁶ La commissione concordataria informa periodicamente la CDDGP sulla messa in opera del presente concordato.

Art. 18

Organizzazioni di categoria

La commissione concordataria può delegare a un'organizzazione di categoria, con il suo accordo e con un'indennità a copertura dei costi, i compiti seguenti:

- a) offrire la formazione di base teorica giusta l'articolo 5 capoverso 1 lettera c e capoverso 2 lettera c, compresa l'organizzazione degli esami;
- b) sgravare le autorità nella procedura di autorizzazione secondo l'articolo 7;
- c) sgravare le autorità nella confezione delle tessere di legittimazione secondo l'articolo 8 capoverso 1.

V. Sanzioni e disposizioni finali

Art. 19

Contravvenzioni

¹ È punibile con una multa di almeno 500 franchi chiunque esercita, senza autorizzazione, delle attività che richiedono un'autorizzazione conformemente al presente concordato.

² È punibile con una multa di almeno 200 franchi chiunque viola gravemente le disposizioni degli articoli 10-14.

³ Sono applicabili le disposizioni del CP relative alle contravvenzioni.

⁴ Sono punibili la negligenza, il tentativo e la complicità. Non è punibile la violazione per negligenza dell'articolo 12 lettera a.

Art. 20

Altre sanzioni

¹ L'autorizzazione è revocata qualora le condizioni del suo rilascio non siano più adempiute.

² Qualunque violazione degli articoli 10-14 comporta un ammonimento o una multa amministrativa fino 200 franchi. Nei casi gravi, l'autorizzazione è sospesa o revocata. Resta riservata la multa penale ai sensi dell'articolo 19 capoverso 2.

³ Qualora le autorità che rilasciano l'autorizzazione pronuncino una sanzione ai sensi del presente articolo, ne danno comunicazione alla commissione concordataria.

Art. 21

¹ La CDDGP decreta l'entrata in vigore del presente concordato non appena cinque cantoni vi avranno aderito e i preparativi per la sua esecuzione saranno completati. Entrata in vigore
e disdetta

² Ciascun cantone firmatario può denunciare la propria adesione al presente concordato per la fine di un anno civile osservando un termine di 12 mesi.

Art. 22

¹ Le autorizzazioni rilasciate prima dell'entrata in vigore del presente concordato restano valide per un massimo di due anni. Validità delle
autorizzazioni in
vigore

² I titolari di un'autorizzazione che esercitano in un cantone che, prima di aderire al presente concordato, non imponeva alcuna autorizzazione o prevedeva delle condizioni di rilascio meno severe, devono richiedere un'autorizzazione conforme al presente concordato entro il termine di due anni a contare dal momento dell'adesione del cantone.

Beitritt zum geänderten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 2. Februar 2012 / 31. Januar 2014

Chur, den 20. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft zum geänderten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 2. Februar 2012/31. Januar 2014.

I. Ausgangslage

1. Allgemeines

Im Vorfeld der Fussball-Europameisterschaften von 2008 in der Schweiz beschloss das Eidgenössische Parlament mit einer Revision des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS; SR 120) neue Massnahmen gegen die zunehmende Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Sie umfassen die Schaffung einer nationalen Datenbank zur Registrierung gewalttätiger Fans sowie Rayonverbote, Meldeaufgaben, Ausreisebeschränkungen und Polizeigewahrsam gegen gewalttätige Personen. Die Massnahmen wurden bis Ende 2009 befristet, weil das Eidgenössische Parlament die Kantone für die Gesetzgebung über präventive Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit als zuständig erachtete. Für die Zeit ab 2010 erarbeiteten die Kantone deshalb das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007, das die lückenlose Weiterführung der Massnahmen ermöglichte. Es ist seit dem 1. September 2010 in allen 26 Kantonen in Kraft. Der Kanton Graubünden trat dem Konkordat am 20. Januar 2009 bei (BR 613.170, 613.180).

2. Anstoss für die Revision

In den letzten Jahren nahm die Gewalt an Sportveranstaltungen wieder zu. Um diesem negativen Trend entgegenzutreten, verabschiedete die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) am 12./13. November 2009 die Policy gegen Gewalt im Sport, die weiterführende Massnahmen gegen Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen festlegt. Zur besseren Umsetzung der Policy erarbeitete die KKJPD zusammen mit dem Bundesamt für Polizei (fedpol) eine Mustervereinbarung, die als Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Veranstaltern im Bereich der Sicherheit dienen sollte. Die Policy der KKJPD konnte in massgeblichen Teilen nicht bzw. nur im Umfeld einzelner Klubs umgesetzt werden. Ein wesentlicher Mangel lag darin, dass die Massnahmen teilweise von den Behörden nicht gegen den Willen der Klubs durchgesetzt werden konnten, weil es hierfür an griffigen Rechtsgrundlagen fehlte. Zur Erreichung der Ziele der Policy beschloss die KKJPD am 2. Februar 2012 deshalb zahlreiche Änderungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Die Änderungen umfassen hauptsächlich die Einführung einer Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele der jeweils obersten Ligen und die Möglichkeit der Behörden, die Bewilligung mit Auflagen zu verbinden. Weiter soll eine Identitätskontrolle der Fangruppen ermöglicht werden, die gleichzeitig eine Überprüfung der Besucherinnen und Besucher bezüglich aktiver Massnahmen wie Rayonverbot und Meldeauflage gewährleistet. Die Änderungen des Konkordats treten in den Kantonen mit dem jeweiligen Zustimmungsbeschluss in Kraft. Dem geänderten Konkordat sind bereits 16 Kantone (AG, AI, AR, BE, GE, JU, LU, NE, OW, SG, SO, TI, UR, VD, ZG, ZH) beigetreten. Übernimmt der Kanton Graubünden die Änderungen nicht, so bleibt aufgrund des früheren Beitrittsbeschlusses das Konkordat in der Fassung vom 15. November 2007 in Kraft.

3. Bundesgerichtsurteil vom 7. Januar 2014

Das Bundesgericht hatte sich am 7. Januar 2014 mit zwei separaten, inhaltlich aber weitgehend identischen Beschwerden gegen die Beitritte der Kantone Luzern und Aargau zum revidierten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen in der Fassung vom 2. Februar 2012 zu befassen (BGE 140 I 2). Die Beschwerdeführer hatten unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsmässigkeit praktisch alle Aspekte der Revision beanstandet. Das Bundesgericht gelangte zum Schluss, dass die meisten Bestimmungen des geänderten Konkordats mit den Grundrechten vereinbar sind. So beurteilte es die Ausdehnung des gewalttätigen

Verhaltens in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht, die Einführung der Bewilligungspflicht für Spiele, das Kombiticket, die ID-Kontrollen, die Durchsuchungen, die längeren und schweizweiten Rayonverbote sowie die direkte Anordnung von Meldeauflagen als grundrechtskonform. Es hiess hingegen die beiden Beschwerden in Bezug auf zwei Bestimmungen teilweise gut. Beim Rayonverbot beanstandete das Bundesgericht die Mindestdauer von einem Jahr. Diese würde es den Behörden verunmöglichen, ein grundsätzlich angezeigtes Rayonverbot in jenen Fällen anzuordnen, in denen nur ein kürzeres Rayonverbot verhältnismässig wäre (BGE 140 I 2, E. 11.2.2 f.). Das Rayonverbot soll auch weniger als ein Jahr betragen können. Des Weiteren hob es die Bestimmung auf, wonach zwingend eine Verdoppelung der Meldeauflage auszusprechen wäre, wenn ohne entschuld bare Gründe gegen die Meldeauflage verstossen wurde (Art. 7 Abs. 4). Dieser Absatz wurde mit den Änderungen vom 2. Februar 2012 neu eingefügt und vom Bundesgericht als unverhältnismässig beurteilt. Es führte aus, es sei zweifelhaft, ob eine Verdoppelung der Dauer im jeweiligen Einzelfall die mildeste mögliche Massnahme sei. So bleibe den Behörden kein Spielraum. Die Aufhebung von Art. 7 Abs. 4 bedeute aber nicht, dass bei einem Verstoß gegen eine Meldeauflage nach dem Kaskadenprinzip keine verschärften Massnahmen möglich seien. Die Behörden könnten einen Polizeigewahrsam verfügen oder eine neue Verfügung mit einer längeren Geltungsdauer erlassen (BGE 140 I 2, E. 12.3.2). Aufgrund dieses Urteils verabschiedete der Vorstand der KKJPD in seiner Sitzung vom 31. Januar 2014 eine angepasste Fassung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.

4. Situation in Graubünden

Die Situation stellt sich in Graubünden anders dar als in Agglomerationen wie Zürich, Bern, Basel oder St.Gallen, die sich regelmässig mit grösseren Ausschreitungen gewaltbereiter Fans konfrontiert sehen. Im Kanton Graubünden trifft die vom geänderten Konkordat vorgesehene Bewilligungspflicht zurzeit einzig den Hockey Club Davos (HCD). Pro Saison werden rund ein Dutzend Heimspiele des HCD als Spiele mit leicht erhöhtem oder erhöhtem Risiko beurteilt. Diese Risikospiele müssen mit einem erhöhten Polizeiaufgebot begleitet werden. Die Polizei geht derzeit von rund 40 gewaltbereiten Anhängern des HCD aus, wobei der überwiegende Teil dieser Fans ausserhalb des Kantons Graubünden wohnhaft ist. In den vergangenen Jahren waren einige kleinere, vereinzelt auch grössere Zwischenfälle mit Beteiligung von HCD Risikofans innerhalb und ausserhalb des Kantons Graubünden zu verzeichnen. Daraus resultierten Anzeigen wegen Landfriedensbruch, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, Sachbeschä-

digung, Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz etc. Gegen Anhänger des HCD sind aktuell 14 Stadion- und zwei Rayonverbote aktiv. Dank einer guten Kooperation zwischen dem HCD und der Kantonspolizei ist die Situation insgesamt überschaubar und kann grossmehrheitlich durch die regionalen Polizeikräfte bewältigt werden. Diese positive Bilanz ist auch den vorbildlichen Fans und dem Fanclub des HC Davos zu verdanken.

Die Kantonspolizei sowie die HCD-Führung begrüssen grundsätzlich die vorgesehene Änderung des Konkordats. Die Regierung ist überzeugt, dass bei unproblematischen Spielen des HCD diese Änderungen nicht zu zusätzlichen Auflagen führen werden. Zudem sind Rahmenbewilligungen denkbar, die für die gesamte Saison ausgestellt werden, wodurch sich der administrative Aufwand möglichst gering halten lässt.

II. Das Konkordat

1. Grundzüge der Änderungen vom 2. Februar 2012

Die inhaltlichen Änderungen vom 2. Februar 2012 betreffen folgende Punkte:

- Präzisierung der Definition gewalttätigen Verhaltens in zeitlicher, thematischer und räumlicher Hinsicht;
- Einführung einer Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele der obersten Ligen und die Möglichkeit der Behörden, die Bewilligungen mit Auflagen zu verbinden. Es sind dies vor allem bauliche und technische Massnahmen, der Einsatz bestimmter personeller oder anderer Mittel durch den Veranstalter, die Regelung für den Verkauf der Eintrittskarten, der Verkauf alkoholischer Getränke oder die Abwicklung der Zutrittskontrollen, die Voraussetzungen der An- und Rückreise der Anhänger der Gastmannschaft und die Bedingungen für den Zutritt der Fans ins Stadion etc.;
- Festlegung von Sanktionsmassnahmen und Kostenersatz für entstandene Schäden;
- Regelung der Durchsuchungen beim Zutritt oder beim Besteigen von Fan-Transporten;
- Verlängerung der Maximaldauer der Stadionverbote der Klubs und Verbände von einem auf zwei Jahre;
- Ausdehnung des Rayonverbots in zeitlicher und räumlicher Hinsicht;
- Erweiterung und Anpassung des Katalogs der für den Erlass einer Meldeauflage möglichen Gründe (schwere Gewalttätigkeiten gegen Personen, Sachbeschädigungen aus Anlass einer öffentlichen Zusammenrottung oder mit einem grossen Schaden);

- Ausweitung der Empfehlung von Stadionverboten an die Organisatoren auf das fedpol;
- Einführung einer Beschwerde ohne aufschiebende Wirkung gegen Verfügungen, die im Zusammenhang mit einer Bewilligungspflicht erhoben wurden;
- Bezeichnung der für die Bewilligungen und die anderen Massnahmen zuständigen Behörde.

2. Anpassungen aufgrund des Urteils des Bundesgerichts vom 7. Januar 2014

Die Anpassungen betreffen lediglich die Art. 4 Abs. 2 sowie Art. 7 Abs. 4 des Konkordats. Aufgrund des Bundesgerichtsurteils kann das Rayonverbot nun für die Dauer bis zu drei Jahren verfügt werden, d.h. die Mindestzugsdauer von einem Jahr wurde aufgehoben. Schliesslich wurde der mit den Änderungen vom 2. Februar 2012 neu eingeführte Art. 7 Abs. 4 betreffend Verdoppelung der Meldeaufgabe wieder aufgehoben.

3. Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen (unter Berücksichtigung des Bundesgerichtsurteils)

Zu Art. 2

Abs. 1

Der Zusammenhang mit Sportveranstaltungen, und damit der Geltungsbereich des Konkordats, werden in Abs. 1 in zeitlicher und räumlicher Hinsicht präzisiert. Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten werden vom Konkordat erfasst, wenn sie im Vorfeld oder während einer Sportveranstaltung oder im Nachgang dazu verübt wurden. Die thematische Nähe zur Sportveranstaltung soll also auch dann als gegeben erachtet werden, wenn beispielsweise Fangruppen vor dem Spiel in den Innenstädten oder auf der Rückreise Personen angreifen oder Sachbeschädigungen begehen. Die Veranstalter stehen für den Weg von und zu Bahnhöfen und Parkräumen in der Verantwortung.

Abs. 1 lit. a

Neu sollen die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben mit dem Tatbestand der Tötlichkeiten nach Art. 126 Abs. 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0) ergänzt werden (lit. a). Wenn die Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen wirksam bekämpft und in den Stadien sowie in deren Umfeld eine friedliche Stimmung erreicht werden soll, gilt

es auch Personen fernzuhalten, die Tötlichkeiten begehen. Die Änderung drängt sich auch auf, weil gemäss neuerer Rechtsprechung des Bundesgerichts neben Ohrfeigen, Fusstritten und Faustschlägen auch Handlungen, die zu Schrammen, Schürfungen, Quetschungen oder Hämatomen führen, als Tötlichkeiten qualifiziert werden. Sollen diese Handlungen, welche bisher als einfache Körperverletzung galten, weiterhin sanktioniert werden, muss Abs. 1 lit. a um den Tatbestand der Tötlichkeiten ergänzt werden.

Abs. 1 lit. f

Der Tatbestand der Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht nach Art. 224 StGB soll in die Definition des gewalttätigen Verhaltens aufgenommen werden, weil er auch in Art. 9 des Konkordats enthalten ist. Damit wird ein gesetzgeberisches Versehen in der bisherigen Fassung des Konkordats korrigiert.

Abs. 1 lit. j

Mit einer neuen lit. j soll zudem auch der Tatbestand der Hinderung einer Amtshandlung nach Art. 286 StGB erfasst werden. Wer beispielsweise als Teil einer Fangruppe mit einer Blockade verhindert, dass Polizeibeamte eine Festnahme vornehmen können, soll ebenfalls den Massnahmen nach dem Konkordat unterworfen werden. In diesem Zusammenhang gilt es klarzustellen, dass die Angehörigen privater Sicherheitsunternehmen nicht als Amtspersonen gelten.

Zu Art. 3a (neu)

Abs. 1

Unter die Bewilligungspflicht nach Abs. 1 fallen sämtliche Fussball- und Eishockeyspiele, an denen Klubs der jeweils obersten Ligen der Männer beteiligt sind. Gemeint sind die Klubs der Super League im Fussball und der National League im Eishockey. Die Spiele der obersten Klassen der Junioren, Senioren oder Veteranen sowie sämtliche Frauen-Ligen sind grundsätzlich ausgenommen. Die Bewilligungspflicht umfasst dabei alle Spiele der jeweiligen Klubs, unabhängig davon, wo sie ausgetragen werden, und ob es sich um Meisterschaftsspiele, Cupspiele, Turnierspiele, Freundschaftsspiele oder internationale Spiele handelt. Bei Freundschaftsspielen, bei denen im Vorfeld keine Gefährdung zu erkennen ist, ist es jedoch möglich, eine Bewilligung ohne Auflagen zu erteilen.

Da Sicherheitsprobleme vorwiegend, aber nicht ausschliesslich bei Beteiligung der Klubs der obersten Ligen und auch nicht ausschliesslich im Fussball und im Eishockey, sondern vereinzelt auch im Umfeld anderer Sportarten wie dem Handball auftreten, sollen die Spiele von Fussball- und Eishockeyklubs der unteren Ligen oder der Klubs anderer Sportarten von

den zuständigen Behörden ebenfalls als bewilligungspflichtig erklärt werden können. Dies ist vor allem dort sinnvoll, wo wiederholt Sicherheitsprobleme auftreten. Die Behörden können das Mittel der Bewilligungspflicht dabei auch situativ anwenden und beispielsweise nur jene Spiele ihres Klubs als bewilligungspflichtig erklären, die sie aufgrund der Konstellation bezüglich Anhängerschaft oder sportlicher Brisanz als problematisch einstufen.

Ziel der Einführung einer Bewilligungspflicht ist es nicht, den normalen Spielbetrieb zu gefährden und die Austragung problematischer Spiele zu verbieten. Es geht vielmehr darum, Behörden ein adäquates Mittel in die Hand zu geben, um die Bewilligung für die Durchführung eines Spiels davon abhängig zu machen, dass der Klub, der als privater Ausrichter wie jeder Veranstalter eines Konzerts, einer Messe oder einer Tagung in erster Linie selbst für die Sicherheit seiner Anlässe verantwortlich ist, das Zumutbare unternimmt, um die Sicherheit selbst zu gewährleisten oder die Polizeiarbeit mittels verhältnismässiger organisatorischer Massnahmen zu erleichtern.

Die Handhabung der Bewilligungspflicht soll so erfolgen, dass sie verhältnismässig und für die Veranstalter berechenbar ist. Die mit einer Bewilligung verknüpften Auflagen sind so zu wählen, dass sie ausschliesslich der Verhinderung gewalttätigen Verhaltens dienen und dem Bewilligungsnahmer eine vernünftige Zeit für die Umsetzung zur Verfügung steht. Die Auflagen sollen so gewählt werden, dass sie gewaltfreien Fanggruppierungen und Zuschauerinnen und Zuschauern die grösstmöglichen Freiheiten belassen, dass aber wirksame Massnahmen getroffen werden können, wenn die Sicherheit gefährdet ist. Insbesondere gegenüber Fanggruppen, die wiederholt gewalttätig werden, sollen verschärfte Auflagen angeordnet werden.

Um den administrativen Aufwand gering zu halten, ist es auch denkbar, jeweils für einige Spiele im Voraus für eine halbe oder gar für eine ganze Saison festzulegen, bei welchen Spielen welche Auflagen einzuhalten sind. Wichtig ist dabei aber, dass die Behörde sich das Recht vorbehält, bei Bedarf auf eine veränderte Gefährdungslage oder auf besondere Ereignisse zu reagieren.

Wer Bewilligungsbehörde ist, wird den einzelnen Kantonen überlassen (vgl. Art. 13). Den Kantonen steht es auch frei, für die Erteilung von Bewilligungen nach diesem Konkordat Gebühren zu erheben. Diese richten sich nach ihrem eigenen Recht.

Abs. 2

Abs. 2 bestimmt, dass eine Bewilligung mit Auflagen verbunden werden kann. Es folgt eine Aufzählung, die beispielhaft, aber nicht abschliessend aufzeigt, was die behördlichen Auflagen zum Gegenstand haben können. Zu den baulichen Massnahmen gehören beispielsweise die Anordnung der Sitzpflicht in den Stadien und der Einbau von Wellenbrechern, die eine sys-

tematische Eingangskontrolle sicherstellen und die Stürmung von Stadioneingängen kurz vor Spielbeginn verhindern. Unter technischen Massnahmen fällt unter anderem die Installation oder das Nachrüsten hoch auflösender Videokameras an neuralgischen Standorten. Der Einsatz bestimmter personeller oder anderer Mittel durch den Veranstalter kann im Bereich der Stadionsicherheit darin bestehen, dass einerseits die Stadionordnung, in der allfälligen Auflagen und Verbote für die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen, Megafonen, Transparenten und Fahnen erlassen sind, und dass andererseits das Sicherheitskonzept von der Behörde genehmigt werden muss. Den Behörden steht es offen, festzustellen, wie viele Angehörige privater Sicherheitsunternehmen der Veranstalter für ein Spiel zur Begleitung ihrer Anhänger zu stellen hat. Sie kann auch die Anspielzeiten der Sportveranstaltungen dahingehend ansetzen, dass sich Sicherheitsrisiken mit gleichentags oder gleichzeitig stattfindenden Ereignissen verhindern lassen. Mit Auflagen in Bezug auf den Verkauf von Eintrittskarten für die Sportveranstaltungen kann beispielsweise verhindert werden, dass sich die Anhänger von Heim- und Gastmannschaft auf ihren An- und Rückreisewegen ausserwie innerhalb der Stadien begegnen.

Abs. 3

Für eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit im Umfeld von Sportveranstaltungen ist es von zentraler Bedeutung, dass Gewalttäter von den Stadien und vom Umfeld von Fangruppen ferngehalten werden können. Dazu dienen in erster Linie Stadionverbote, Rayonverbote und Meldeauflagen. Da aktuell rund 1200 Personen mit solchen Massnahmen belegt sind, ist es nicht möglich, diese Massnahmen allein mit visuellen Kontrollen durch die Szenenkenner der Polizei oder die Stewards eines Klubs durchzusetzen. Die Behörde soll deshalb anordnen können, dass beim Besteigen von Fantransporten und beim Zutritt zu den Stadien anhand von Identitätsausweisen überprüft wird, ob Personen ins Stadion zu gelangen versuchen, die mit einem Stadionverbot oder einem Rayonverbot belegt sind. Heute bestehen die technischen Voraussetzungen, um den Namen auf einem Identitätsausweis mittels elektronischen Lesegeräten mit den Einträgen in der Hooligan-Datenbank abzugleichen. Dabei werden die Daten der Identitätsausweise nicht gespeichert, sodass sich aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Probleme ergeben. Die zugelassenen Ausweise können durch die Bewilligungsbehörden aufgrund der jeweils vorhandenen technologischen Möglichkeiten definiert werden. Die Kontrollen können im Auftrag der Polizei durch Angehörige privater Sicherheitsunternehmen durchgeführt werden, die im Auftrag der Klubs tätig sind. Ihnen dürfen die jeweils aktuellen Daten aus der Hooligan-Datenbank im Vorfeld eines Spiels übermittelt werden. Die Daten werden nach dem Spiel wieder gelöscht. Die Kontrollen können je nach Be-

darf situativ für einzelne Fan-Transporte, für einzelne Stadioneingänge oder für alle Zugänge zu einem Stadion angeordnet werden.

Abs. 4

Abs. 4 regelt die Folgen der Nichterfüllung von Auflagen. Werden Auflagen im Zusammenhang mit einer bereits erteilten Bewilligung verletzt, können die Behörden die Bewilligung entziehen, sie für künftige Spiele verweigern oder eine künftige Bewilligung mit zusätzlichen Auflagen versehen. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Zudem kann vom Veranstalter Kostenersatz verlangt werden, wenn ein Schaden auf das Nichterfüllen von Auflagen zurückzuführen ist.

Zu Art. 3b (neu)

Mit dem neuen Art. 3b soll im Interesse einer einheitlichen Handhabung in den Schweizer Stadien sowohl die Rechtsgrundlage für die Durchsuchung von Personen durch die Polizei als auch für die Delegation dieser Aufgabe an Angehörige privater Sicherheitsunternehmen geschaffen werden. Die Zugangskontrollen sollen in allen Schweizer Stadien weiterhin durch privates Sicherheitspersonal vorgenommen werden. Es ist deshalb sinnvoll, ihnen die Möglichkeit zu geben, Matchbesucherinnen und -besucher durch Personen gleichen Geschlechts über den Kleidern auch im Intimbereich auf Waffen und pyrotechnische Gegenstände abzutasten (Abs. 2). Es ist Matchbesucherinnen und -besuchern im Interesse der Sicherheit zuzumuten, solche Kontrollen auf sich zu nehmen, sofern dies auf den Eintrittskarten entsprechend angekündigt wird und den Personen die Möglichkeit gegeben wird, sich der Kontrolle zu entziehen und auf den Spielbesuch zu verzichten (Abs. 3).

Weitergehende Durchsuchungen sollen nur erfolgen, wenn sich aus dem Verhalten von Matchbesucherinnen und -besuchern oder aus dem Abtasten durch private Sicherheitsagenten ein konkreter Verdacht ergibt. In solchen Fällen sind die Durchsuchungen den Angehörigen der Polizei vorbehalten und können auch unter den Kleidern erfolgen und den Intimbereich umfassen (Abs. 1). Sie müssen in nicht einsehbaren Räumen durchgeführt werden. Für eigentliche Durchsuchungen des Intimbereichs, d. h. nähere Untersuchungen von Körperöffnungen, muss medizinisches Personal beigezogen werden.

Zu Art. 4

Die Dauer des Rayonverbots soll jenem der Stadionverbote angeglichen werden und neu für eine Dauer von bis zu drei Jahren verfügt werden können. Damit wird eine höhere präventive Wirkung erzielt und dem Kaskadensystem der Massnahmen Rechnung getragen. Es ist stossend, dass das mildeste Mittel des Stadionverbots, das durch die Klubs und Verbände an-

geordnet werden kann, für 1–3 Jahre verhängt werden kann, während die nächst schwerere Sanktion des Rayonverbots heute eine Höchstdauer von einem Jahr aufweist.

Die Handhabung des Rayonverbots erweist sich heute insofern als unbefriedigend, als jede kantonale Behörde das Verbot jeweils nur für die eigenen Rayons aussprechen kann. Soll ein Rayonverbot eine Person von den Spielen seines Klubs in der ganzen Schweiz fernhalten, muss jeder Kanton, in dem ein Spiel stattfindet, ebenfalls eine Verfügung erlassen. In Zukunft soll der Verwaltungsaufwand dadurch reduziert werden, dass mit einer einzigen Verfügung ein Rayonverbot für alle Rayons in der Schweiz verhängt werden kann. Angesichts des Umfangs der Rayons, die häufig auch Bahnhöfe und Innenstädte umfassen, wäre es unverhältnismässig und auch nicht zielführend, wenn eine Person mit Rayonverbot sich an einem Spieltag in keinem Gebiet der Schweiz aufhalten dürfte, das dem Rayon eines Fussball- oder Eishockeystadions zugerechnet wird. Vielmehr soll das Rayon zeitlich und örtlich so definiert werden, dass es den betroffenen Personen nur verunmöglicht wird, sich in jenen Rayons aufzuhalten, in denen sich die Anhänger seines Klubs bewegen (Abs. 3 lit. c).

Die Verfügung kann durch die zuständige Behörde jenes Kantons erlassen werden, in dem die Gewalttätigkeit erfolgt ist, in dem die betroffene Person wohnt, oder in dem sich der Sitz des Vereins befindet, zu dessen Umfeld die betreffende Person zählt. Neu soll auch das fedpol, bei dem die Spielrapporte der dezentralen Fachstellen Hooliganismus der kantonalen und städtischen Polizeikorps und weitere HOOGAN-Meldungen zusammenlaufen, ein Stadion- und Rayonverbot oder eine Meldeaufgabe beantragen können.

Zu Art. 5

In der Verfügung über ein Rayonverbot muss angegeben werden, wie sich die betroffene Person über die vom Verbot erfassten Rayons, die Gebiete in der ganzen Schweiz umfassen können, informieren kann. Aus praktischen Gründen ist es jedoch nicht immer möglich, Pläne auszuhändigen. Daher werden die betroffenen Personen in der Verfügung auf eine Internetseite hingewiesen, auf der sie sich über den räumlichen Geltungsbereich informieren können. Sollte die betroffene Person über keinen Internetzugang verfügen, gibt ihr die Behörde Gelegenheit, sich über den räumlichen Geltungsbereich in Kenntnis zu setzen. Abs. 2 wurde dem geänderten Art. 4 Abs. 3 angepasst.

Zu Art. 6

Im Vergleich zum Rayonverbot, das aufgrund der relativ grossen und unüberschaubaren Gebiete schwierig durchzusetzen ist, ist das Instrument der Meldeaufgabe, mit der eine Person verpflichtet werden kann, sich zurzeit eines Spiels bei einer Polizeistelle zu melden, bedeutend wirksamer. Aller-

dings gelangte die Meldeauflage bisher kaum zur Anwendung, weil die Voraussetzungen im geltenden Art. 6 sehr restriktiv formuliert sind. Konkrete Tatsachen, die schon vor einem Spiel annehmen lassen, dass eine Person Gewalttätigkeiten plant, sind kaum je vorhanden, und auch die Voraussetzung, dass die Meldeauflage gegenüber anderen Massnahmen als milder erscheint, ist praktisch nie gegeben. Entsprechend finden Art. 6 Abs. 1 lit. b und c kaum Anwendung. Von praktischer Bedeutung ist nur lit. a, der es erlaubt, eine Meldeauflage zu verfügen, wenn ein Verstoß gegen ein Rayonverbot oder eine Ausreisebeschränkung nachgewiesen wird. Die Zahlen sind allerdings bescheiden, da selten Verstöße bekannt werden. Da bislang eine gesetzliche Grundlage für die Senkung der Voraussetzungen für das Verfügen einer Meldeauflage fehlte, wird diese nun mit der Erweiterung und Anpassung von Art. 6 Abs. 1 geschaffen. Angesichts der erheblichen Gefahr, die heute von Gruppen gewaltbereiter Personen im Umfeld von Sportveranstaltungen ausgeht, erscheint das Mittel der Meldeauflage als verhältnismässig, geeignet und notwendig, um den angestrebten Zweck zu erreichen. Für weniger schwerwiegende Gewaltakte (z.B. Tötlichkeiten) bei einem Ersttäter oder einer Ersttäterin wird nach wie vor ein Rayonverbot verfügt. Die Grenze zwischen den neuen lit. a und b soll dort gezogen werden, wo eine schwere Sachbeschädigung im Sinne von Art. 144 Abs. 2 und 3 StGB oder Gewalt gegen Personen begangen wird. Die heutigen lit. b und c werden aufgrund dieser Anpassungen neu zu lit. e und f.

Der Begriff «Polizeistelle» in den Abs. 1 und 2 wird durch «Amtsstelle» ersetzt, da nicht in jeder Gemeinde eine Polizeistelle vorhanden ist. Durch die offene Formulierung kommen nun weitere Behörden als Meldestelle in Frage. Entscheidend ist, dass die Meldung bei Amtspersonen erfolgt. Ob es sich um den Sitz einer Behörde oder um eine mobile Polizeipatrouille handelt, ist aufgrund des angestrebten Zwecks der Massnahme unerheblich.

Wie beim Rayonverbot erscheint es auch bei der Meldeauflage unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit sinnvoll, eine Höchstdauer von drei Jahren festzulegen. Auf eine Mindestdauer wird dagegen verzichtet, sodass eine Meldeauflage nur für einige Monate oder aber für eine Dauer von bis zu drei Jahren angeordnet werden kann.

Zu Art. 7 Abs. 4

Aufgrund des Bundesgerichtsurteils wird Abs. 4 wieder gestrichen (vgl. vorne I.3 und II.2).

Zu Art. 10

Das fedpol kann den Organisatoren von Sportveranstaltungen künftig Stadionverbote empfehlen. Die Empfehlung kann zudem neu unabhängig davon erfolgen, ob eine Gewalttätigkeit innerhalb oder ausserhalb des Sta-

dions beobachtet wurde. Es erscheint wenig sinnvoll, wenn die Frage, ob ein Stadionverbot ausgesprochen wird, davon abhängig gemacht wird, wer in welchem Raum eine Gewalttätigkeit beobachtet hat. Entscheidend muss sein, ob eine Gewalttätigkeit vorliegt oder nicht. Wird der Empfehlung nicht Folge geleistet, ist dies für die Beurteilung der Sicherheitsrisiken von Sportveranstaltungen sowie der sich daraus ableitenden Sicherheitsmassnahmen relevant.

Zu Art. 12

Wenn es den Behörden möglich sein soll, in Zukunft im Sinne des neuen Art. 3a mittels Bewilligungen und Auflagen die sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen von Fussball- und Eishockeyspielen zu bestimmen, können Beschwerden gegen die entsprechenden Verfügungen keine aufschiebende Wirkung haben. Da die Verfügungen relativ kurz vor den Veranstaltungen erfolgen müssen, wenn die aktuelle Gefahrenlage in die Überlegungen einbezogen werden soll, bleibt vor der Austragung eines Spiels nicht genügend Zeit für die Abwicklung eines Beschwerdeverfahrens. Mit der Gewährung der aufschiebenden Wirkung könnte sonst jede Verfügung mittels Beschwerde unterlaufen werden. Zudem kann die Behörde die aufschiebende Wirkung dort gewähren, wo es nicht um die Anordnungen für ein einzelnes Spiel, sondern um längerfristige Massnahmen geht – beispielsweise bei baulichen oder technischen Installationen. Auch hier soll die Beschwerdeinstanz die aufschiebende Wirkung aber nur in Ausnahmefällen und nur dann gewähren, wenn dadurch die sichere Durchführung der Sportveranstaltung nicht tangiert wird.

Zu Art. 13

Nach Abs. 1 bezeichnen die Kantone die Behörden, die für die Bewilligung und die anderen Massnahmen zuständig sind.

4. Zuständigkeit und Referendum

Nach Art. 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist.

Der Grosse Rat hat nach Art. 31 KV alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen (Abs. 1). Dazu gehören namentlich Zweck und Umfang von Grundrechtsbeschränkungen (Abs. 2 Ziff. 2). Mit

dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen in der Fassung vom 2. Februar 2012/31. Januar 2014 wird insbesondere eine unbefristete Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mittels Registrierung gewalttätig gewordener Hooligans in einem nationalen Informationssystem («HOOGAN») geschaffen. Des Weiteren wird eine Bewilligungspflicht statuiert und die polizeilichen Massnahmen werden durch die Möglichkeit von Durchsuchungen erweitert. Es regelt auch die entsprechenden Zuständigkeiten und das Verfahren. Das Konkordat hat somit Gesetzesrang.

Nach Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV sind Abschluss, Änderung oder Kündigung von interkantonalen oder internationalen Verträgen mit gesetzesänderndem Inhalt dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Vorliegend handelt es sich um eine Änderung des bestehenden Konkordats. Das Konkordat hält in Art. 15 Abs. 2 selbst fest, dass die Änderungen für jene Kantone, die diesen zustimmen an jenem Datum in Kraft treten, an dem ihr Beitrittsbeschluss rechtskräftig wird. Es bedarf deshalb diesbezüglich keines Beschlusses.

5. Anpassungen des Ausführungsrechts

Im Rahmen des Beitritts des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen am 20. Januar 2009 wurde die Zuständigkeit für Massnahmen nach Art. 4 bis 9 des Konkordats in Art. 33a der Polizeiverordnung (PolV; BR 613.100) der Polizeikommandantin oder dem Polizeikommandanten übertragen.

Mit den am 2. Februar 2012 bzw. am 31. Januar 2014 beschlossenen Änderungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen wird der Tätigkeitsbereich der zuständigen Behörde erheblich erweitert. Neu erteilt sie insbesondere die Bewilligungen für Fussball- und Eishockeyspiele (Art. 3a Abs. 1) und verfügt weitreichende Massnahmen im Sinne von Bewilligungsaufgaben (Art. 3a Abs. 2–4). Zudem ordnet sie auch Massnahmen bei Durchsuchungen an (Art. 3b). Diese Kompetenzen soll der Polizeikommandant oder die Polizeikommandantin erhalten, weshalb Art. 33a PolV anzupassen ist.

III. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Durch die Änderungen des Konkordats fallen insbesondere im Zusammenhang mit dem Erlass von Bewilligungen für Fussball- und Eishockeyspiele Mehrausgaben für die Kantonspolizei an. Da die Anzahl der Bewilligungen gering ist, werden sich diese Mehrausgaben im Rahmen halten. Zudem können für die Erteilung von Bewilligungen und Massnahmenverfügungen Gebühren erhoben werden (vgl. Art. 35 Abs. 2 des Polizeigesetzes [BR 613.000] in Verbindung mit Art. 34 PolV und den Berechnungsansätzen für die Kosten der Dienstleistungen der Kantonspolizei [BR 613.140]). Schliesslich ist zu erwarten, dass die neuen Massnahmen mittel- oder langfristig zu einer Entlastung der Polizei bei Einsätzen an Sportveranstaltungen führen werden, wodurch allfällige Mehrausgaben aus administrativem Mehraufwand kompensiert würden. Mit personellen Auswirkungen ist gegenüber dem heutigen Zustand nicht zu rechnen.

IV. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. den Änderungen vom 2. Februar 2012/31. Januar 2014 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Cavigelli*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 20. Oktober 2014,

beschliesst:

I.

Der Beschluss vom 29. August 2008 betreffend Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1a

Der Kanton Graubünden genehmigt die Änderungen vom 2. Februar 2012/31. Januar 2014 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007.

II.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

vom 15. November 2007; Änderung vom 2. Februar 2012

(Fassung vom 10. Januar 2014 unter Berücksichtigung des Urteils
1C_176/2013, 1C_684/2013 des Bundesgerichts vom 7. Januar 2014)

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und
-direktoren verabschiedet folgenden Konkordatstext:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Kantone treffen in Zusammenarbeit mit dem Bund zur Verhinderung
gewalttätigen Verhaltens vorbeugende polizeiliche Massnahmen nach die-
sem Konkordat, um frühzeitig Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
zu erkennen und zu bekämpfen. Zweck

Art. 2

¹ Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten liegen namentlich vor,
wenn eine Person im Vorfeld einer Sportveranstaltung, während der Ver-
anstaltung oder im Nachgang dazu folgende Straftaten begangen oder da-
zu angestiftet hat: Definition
gewalttätigen
Verhaltens

- a. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nach den Artikeln 111–
113, 117, 122, 123, 125 Absatz 2, 126 Abs. 1, 129, 133, 134 des
Strafgesetzbuches (StGB)¹;
- b. Sachbeschädigungen nach Artikel 144 StGB;
- c. Nötigung nach Artikel 181 StGB;
- d. Brandstiftung nach Artikel 221 StGB;
- e. Verursachung einer Explosion nach Artikel 223 StGB;
- f. Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer
Absicht nach Artikel 224 StGB
- g. Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit
nach Art. 259 StGB;
- h. Landfriedensbruch nach Artikel 260 StGB;
- i. Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte nach Artikel 285
StGB;
- j. Hinderung einer Amtshandlung nach Artikel 286 StGB.

¹ SR 311.0

² Als gewalttätiges Verhalten gilt ferner die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch das Mitführen oder Verwenden von Waffen, Sprengmitteln, Schiesspulver oder pyrotechnischen Gegenständen an Sportstätten, in deren Umgebung sowie auf dem An- und Rückreiseweg.

Art. 3

Nachweis
gewalttätigen
Verhaltens

¹ Als Nachweis für gewalttätiges Verhalten nach Artikel 2 gelten:

- a. entsprechende Gerichtsurteile oder polizeiliche Anzeigen;
- b. glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen der Polizei, der Zollverwaltung, des Sicherheitspersonals oder der Sportverbände und vereine;
- c. Stadionverbote der Sportverbände oder -vereine;
- d. Meldungen einer zuständigen ausländischen Behörde.

² Aussagen nach Absatz 1 Buchstabe b sind schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen.

2. Kapitel: Bewilligungspflicht und Auflagen

Art. 3a

Bewilligungs-
pflicht

¹ Fussball- und Eishockeyspiele mit Beteiligung der Klubs der jeweils obersten Spielklasse der Männer sind bewilligungspflichtig. Spiele der Klubs unterer Ligen oder anderer Sportarten können als bewilligungspflichtig erklärt werden, wenn im Umfeld der Spiele eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.

² Zur Verhinderung gewalttätigen Verhaltens im Sinn von Artikel 2 kann die zuständige Behörde eine Bewilligung mit Auflagen verbinden. Diese können insbesondere bauliche und technische Massnahmen, den Einsatz bestimmter personeller oder anderer Mittel durch den Veranstalter, die Regeln für den Verkauf der Eintrittskarten, den Verkauf alkoholischer Getränke oder die Abwicklung der Zutrittskontrollen umfassen. Die Behörde kann insbesondere bestimmen, wie die Anreise und Rückreise der Anhänger der Gastmannschaft abzuwickeln ist und unter welchen Voraussetzungen ihnen Zutritt zu den Sportstätten gewährt werden darf.

³ Die Behörde kann anordnen, dass Besucherinnen und Besucher beim Besteigen von Fantransporten oder beim Zutritt zu Sportstätten Identitätsausweise vorweisen müssen und dass mittels Abgleich mit dem Informationssystem HOOGAN sichergestellt wird, dass keine Personen eingelassen werden, die mit einem gültigen Stadionverbot oder Massnahmen nach diesem Konkordat belegt sind.

⁴ Werden Auflagen verletzt, können adäquate Massnahmen getroffen werden. Unter anderem kann eine Bewilligung entzogen werden, für künftige Spiele verweigert werden, oder eine künftige Bewilligung kann mit zusätzlichen Auflagen versehen werden. Vom Bewilligungsnehmer kann

Kostenersatz für Schäden verlangt werden, die auf eine Verletzung von Auflagen zurückzuführen sind.

3. Kapitel: Polizeiliche Massnahmen

Art. 3b

¹ Die Polizei kann Besucherinnen und Besucher im Rahmen von Zutrittskontrollen zu Sportveranstaltungen oder beim Besteigen von Fantransporten bei einem konkreten Verdacht durch Personen gleichen Geschlechts auch unter den Kleidern am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen durchsuchen. Die Durchsuchungen müssen in nicht einseharen Räumen erfolgen. Eigentliche Untersuchungen des Intimbereichs erfolgen unter Beizug von medizinischem Personal. Durchsuchungen

² Die Behörden können private Sicherheitsunternehmen, die vom Veranstalter mit den Zutrittskontrollen zu den Sportstätten und zu den Fantransporten beauftragt sind, ermächtigen, Personen unabhängig von einem konkreten Verdacht über den Kleidern durch Personen gleichen Geschlechts am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen abzutasten.

³ Der Veranstalter informiert die Besucherinnen und Besucher seiner Sportveranstaltung über die Möglichkeit von Durchsuchungen.

Art. 4

¹ Einer Person, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt hat, kann der Aufenthalt in einem genau umschriebenen Gebiet im Umfeld von Sportveranstaltungen (Rayon) zu bestimmten Zeiten verboten werden. Die zuständige Behörde bestimmt, für welche Rayons das Verbot gilt. Rayonverbot

² Das Rayonverbot wird für eine Dauer ~~von einem~~ bis zu drei Jahren verfügt.¹ Es kann Rayons in der ganzen Schweiz umfassen.

³ Das Verbot kann von den folgenden Behörden verfügt werden:

- a. von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem die Gewalttätigkeit erfolgte;
- b. von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem die betroffene Person wohnt;
- c. von der zuständigen Behörde im Kanton, in dem der Klub seinen Sitz hat, zu dem die betroffene Person in Beziehung steht.

Der Vorrang bei sich konkurrenzierenden Zuständigkeiten folgt der Reihenfolge der Aufzählung in diesem Absatz.

¹ Der Satz wurde mit Urteil 1C_176/2013 des Bundesgerichts vom 7.1.2014 wie folgt angepasst: „Das Rayonverbot wird für eine Dauer bis zu drei Jahren verfügt.“

⁴ Die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus (Zentralstelle) und das Bundesamt für Polizei fedpol können den Erlass von Rayonverboten beantragen.

Art. 5

Verfügung über ein Rayonverbot

¹ In der Verfügung über ein Rayonverbot sind die Geltungsdauer und der räumliche Geltungsbereich festzulegen. Der Verfügung sind Angaben beizufügen, die es der betroffenen Person erlauben, genaue Kenntnis über die vom Verbot erfassten Rayons zu erhalten.

² Die verfügende Behörde informiert umgehend die übrigen in Art. 4 Abs. 3 und 4 erwähnten Behörden.

³ Für den Nachweis der Beteiligung an Gewalttätigkeiten gilt Artikel 3.

Art. 6

Meldeauflage

¹ Eine Person kann verpflichtet werden, sich für eine Dauer von bis zu drei Jahren zu bestimmten Zeiten bei einer von der zuständigen Behörde bezeichneten Amtsstelle zu melden, wenn:

- a. sie sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c-j beteiligt hat. Ausgenommen sind Tötlichkeiten nach Art. 126 Abs. 1 StGB;
- b. sie Sachbeschädigungen im Sinne von Art. 144 Abs. 2 und 3 StGB begangen hat;
- c. sie Waffen, Sprengstoff, Schiesspulver oder pyrotechnische Gegenstände in der Absicht verwendet hat, Dritte zu gefährden oder zu schädigen oder wenn sie dies in Kauf genommen hat;
- d. gegen sie in den letzten zwei Jahren bereits eine Massnahme nach diesem Konkordat oder eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24c BWIS¹ verfügt wurde und sie erneut gegen Artikel 2 dieses Konkordats verstossen hat;
- e. aufgrund konkreter und aktueller Tatsachen anzunehmen ist, dass sie sich durch andere Massnahmen nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt; oder
- f. die Meldeauflage im Verhältnis zu anderen Massnahmen im Einzelfall als milder erscheint.

² Die betroffene Person hat sich bei der in der Verfügung genannten Amtsstelle zu den bezeichneten Zeiten zu melden. Nach Möglichkeit ist dies eine Amtsstelle am Wohnort der betroffenen Person. Die verfügende Behörde berücksichtigt bei der Bestimmung von Meldeort und Meldezeiten die persönlichen Umstände der betroffenen Person.

¹ SR 120

³ Die für den Wohnort der betroffenen Person zuständige Behörde verfügt die Meldeauflage. Die Zentralstelle und fedpol können den Erlass von Meldeauflagen beantragen.

Art. 7

¹ Dass eine Person sich durch andere Massnahmen als eine Meldeauflage nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt (Art. 6 Abs. 1 Bst. e), ist namentlich anzunehmen, wenn:

Handhabung der
Meldeauflage

- a. aufgrund von aktuellen Aussagen oder Handlungen der betreffenden Person behördlich bekannt ist, dass sie mildere Massnahmen umgehen würde; oder
- b. die betreffende Person aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse, wie Wohnlage oder Arbeitsplatz in unmittelbarer Umgebung eines Stadions, durch mildere Massnahmen nicht von künftigen Gewalttaten abgehalten werden kann.

² Kann sich die meldepflichtige Person aus wichtigen und belegbaren Gründen nicht nach Artikel 6 Absatz 2 bei der zuständigen Stelle (Meldestelle) melden, so hat sie die Meldestelle unverzüglich und unter Bekanntgabe des Aufenthaltsortes zu informieren. Die zuständige Polizeibehörde überprüft den Aufenthaltsort und die Angaben der betreffenden Person.

³ Die Meldestelle informiert die Behörde, die die Meldeauflage verfügt hat, unverzüglich über erfolgte oder ausgebliebene Meldungen.

4,1

Art. 8

¹ Gegen eine Person kann der Polizeigewahrsam verfügt werden, wenn:

Polizei-
gewahrsam

- a. konkrete und aktuelle Hinweise dafür vorliegen, dass sie sich anlässlich einer nationalen oder internationalen Sportveranstaltung an schwerwiegenden Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligen wird; und
- b. dies die einzige Möglichkeit ist, sie an solchen Gewalttätigkeiten zu hindern.

² Der Polizeigewahrsam ist zu beenden, wenn seine Voraussetzungen weggefallen sind, in jedem Fall nach 24 Stunden.

³ Die betroffene Person hat sich zum bezeichneten Zeitpunkt bei der Polizeistelle ihres Wohnortes oder bei einer anderen in der Verfügung genannten Polizeistelle einzufinden und hat für die Dauer des Gewahrsams dort zu bleiben.

⁴ Erscheint die betreffende Person nicht bei der bezeichneten Polizeistelle, so kann sie polizeilich zugeführt werden.

¹ Aufgehoben mit Urteil 1C_176/2013 des Bundesgerichts vom 7.1.2014

⁵ Die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzuges ist auf Antrag der betroffenen Person richterlich zu überprüfen.

⁶ Der Polizeigewahrsam kann von den Behörden des Kantons verfügt werden, in dem die betroffene Person wohnt, oder von den Behörden des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird. Die Behörde des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird, hat dabei Vorrang.

Art. 9

Handhabung des
Polizei-
gewahrsams

¹ Nationale Sportveranstaltungen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind Veranstaltungen, die von den nationalen Sportverbänden oder den nationalen Ligen organisiert werden, oder an denen Vereine dieser Organisationen beteiligt sind.

² Schwerwiegende Gewalttätigkeiten im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind namentlich strafbare Handlungen nach den Artikeln 111–113, 122, 123 Ziffer 2, 129, 144 Absatz 3, 221, 223 oder nach Artikel 224 StGB¹.

³ Die zuständige Behörde am Wohnort der betreffenden Person bezeichnet die Polizeistelle, bei der sich die betreffende Person einzufinden hat und bestimmt den Beginn und die Dauer des Gewahrsams.

⁴ Die Kantone bezeichnen die richterliche Instanz, die für die Überprüfung der Rechtmässigkeit des Polizeigewahrsams zuständig ist.

⁵ In der Verfügung ist die betreffende Person auf ihr Recht, den Freiheitsentzug richterlich überprüfen zu lassen, hinzuweisen (Art. 8 Abs. 5).

⁶ Die für den Vollzug des Gewahrsams bezeichnete Polizeistelle benachrichtigt die verfügende Behörde über die Durchführung des Gewahrsams. Bei Fernbleiben der betroffenen Person erfolgt die Benachrichtigung umgehend.

Art. 10

Empfehlung
Stadionverbot

Die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4–9, die Zentralstelle und fedpol können den Organisatoren von Sportveranstaltungen empfehlen, gegen Personen Stadionverbote auszusprechen, welche in Zusammenhang mit einer Sportveranstaltung innerhalb oder ausserhalb des Stadions gewalttätig wurden. Die Empfehlung erfolgt unter Angabe der notwendigen Daten gemäss Art. 24a Abs. 3 BWIS.

Art. 11

Untere
Altersgrenze

Massnahmen nach den Artikeln 4–7 können nur gegen Personen verfügt werden, die das 12. Altersjahr vollendet haben. Der Polizeigewahrsam nach den Artikeln 8–9 kann nur gegen Personen verfügt werden, die das 15. Altersjahr vollendet haben.

¹ SR 311.0

4. Kapitel: Verfahrensbestimmungen

Art. 12

¹ Beschwerden gegen Verfügungen der Behörden, die in Anwendung von Artikel 3a ergehen, haben keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerdeinstanz kann die aufschiebende Wirkung auf Antrag der Beschwerdeführer gewähren.

Aufschiebende
Wirkung

² Einer Beschwerde gegen eine Verfügung über Massnahmen nach den Artikeln 4–9 kommt aufschiebende Wirkung zu, wenn dadurch der Zweck der Massnahme nicht gefährdet wird und wenn die Beschwerdeinstanz oder das Gericht diese in einem Zwischenentscheid ausdrücklich gewährt.

Art. 13

¹ Die Kantone bezeichnen die zuständigen Behörden für die Bewilligungen nach Artikel 3a Abs. 1 und die Massnahmen nach den Artikeln 3a Abs. 2-4, 3b und 4–9.

Zuständigkeit und
Verfahren

² Die zuständige Behörde weist zum Zwecke der Vollstreckung der Massnahmen nach Kapitel 3 auf die Strafdrohung von Artikel 292 StGB¹ hin.

³ Die zuständigen Behörden melden dem Bundesamt für Polizei (fedpol) gestützt auf Art. 24a Abs. 4 BWIS²:

- a. Verfügungen und Aufhebungen von Massnahmen nach den Artikeln 4–9 und 12;
- b. Verstösse gegen Massnahmen nach den Artikeln 4–9 sowie die entsprechenden Strafsentscheide;
- c. die von ihnen festgelegten Rayons.

5. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 14

Das Generalsekretariat der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) informiert die Bundeskanzlei über das vorliegende Konkordat. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 270 RVOV³.

Information des
Bundes

Art. 15

¹ Dieses Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens zwei Kantone beigetreten sind, frühestens jedoch auf den 1. Januar 2010.

Inkrafttreten

¹ SR 311.0

² SR 120

³ SR 172.010.1

² Die Änderungen vom 2. Februar 2012 treten für Kantone, die ihnen zustimmen, an jenem Datum in Kraft, an dem ihr Beitrittsbeschluss rechtskräftig wird.

Art. 16

Kündigung

Ein Mitgliedkanton kann das Konkordat mittels einjähriger Vorankündigung auf Ende eines Jahres kündigen. Die anderen Kantone entscheiden, ob das Konkordat in Kraft zu lassen ist.

Art. 17

Benachrichtigung
General-
sekretariat
KKJPD

Die Kantone informieren das Generalsekretariat KKJPD über ihren Beitritt, die zuständigen Behörden nach Artikel 13 Absatz 1 und ihre Kündigung. Das Generalsekretariat KKJPD führt eine Liste über den Geltungsstand des Konkordats.

Participaziun dal chantun Grischun al concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenz da sport

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala,
sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 20 d'october 2014,

concluda:

I.

Il conclus dals 29 d'avust 2008 davart la participaziun dal chantun Grischun al concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenz da sport dals 15 da november 2007 vegn midà sco suonda:

Cifra 1a

Il chantun Grischun approvescha las midadas dals 2 da favrer 2012/31 da schaner 2014 dal concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenz da sport dals 15 da november 2007.

II.

Quest conclus è suttamess al referendum facultativ.

Concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport

dals 15 da november 2007; midada dals 2 da favrer 2012

(Versiun dals 10 da schaner 2014 resguardond la sentenza 1C_176/2013, 1C_684/2013 dal tribunal federal dals 7 da schaner 2014)

La conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia delibereschan il suandant text da concordat:

1. chapitel: Disposiziuns generalas

Art. 1

En collavuraziun cun la confederaziun prendan ils chantuns mesiras polizialas preventivas tenor quest concordat, e quai per evitar in cumportament violent sco er per eruir e per cumbatter a temp la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport. Intent

Art. 2

¹ In cumportament violent ed acts da violenza èn avant maun en spezial, sch'ina persuna ha commess u ha instigà da commetter avant, durant u sunter in'occurrenza da sport ils suandants acts chastiabels: Definiziun dal cumportament violent

- a. acts chastiabels cunter il corp e cunter la vita tenor ils artitgels 111 fin 113, 117, 122, 123, 125 alinea 2, 126 alinea 1, 129, 133, 134 dal cudesch penal (CP)¹;
- b. donns materials tenor l'artitgel 144 CP;
- c. constringiun tenor l'artitgel 181 CP;
- d. incendi intenziunà tenor l'artitgel 221 CP;
- e. explosiun tenor l'artitgel 223 CP;
- f. utilisaziun da materias explosivas e da gas da tissi per intents criminals tenor l'artitgel 224 CP;
- g. incitaziun publica da commetter crims u acts da violenza tenor l'artitgel 259 CP;
- h. violaziun da la pasch publica tenor l'artitgel 260 CP;
- i. violenza e smanatschas cunter autoritads sco er cunter funcziunarias e funcziunaris tenor l'artitgel 285 CP;
- j. impediment d'in act uffizial tenor l'artitgel 286 CP.

² Sco cumportament violent vala plinavant la periclitaziun da la segirezza publica tras il transport u tras l'utilisaziun d'armas, da materias explosivas,

¹ CS 311.0

da pulvra da sajettar u d'objects pirotecnics en stabiliments da sport, en sia vischinanza sco er sin il viadi d'arriv e da return.

Art. 3

Cumprova per in cumportament violent

¹ Sco cumprova per in cumportament violent tenor l'artitgel 2 valan:

- a. sentenzias giudizialas u denunzias polizialas correspondentas;
- b. decleraziuns vardaivlas u registraziuns visualas da la polizia, da l'administraziun da duana, dal personal da segirezza u da las federaziuns e da las uniuns da sport;
- c. scumonds d'entrar en stadions pronunziads da federaziuns u d'uniuns da sport;
- d. annunzias d'ina autoritad estra competenta.

² Las decleraziuns tenor l'alineia 1 litera b ston vegnir protocolladas e sutscrittas.

2. chapitel: Obligaziun da dumandar ina permissiun e cundiziuns

Art. 3a

Obligaziun da dumandar ina permissiun

¹ Per giesu da ballape e da hockey sin glatsch dals umens cun participaziun dals clubs vala mintgamai en la liga suprema in obligaziun da dumandar ina permissiun. Giesu da clubs da ligas pli bassas u d'autras disciplinas da sport pon vegnir suttamessas a l'obligaziun da dumandar ina permissiun, sch'igl è da temair che la segirezza publica vegnia periclitada en ils conturns dals giesu.

² Per impedir in cumportament violent en il senn da l'artitgel 2 po l'autoritad competenta conceder ina permissiun sut cundiziuns. Quellas pon cumpigliar en spezial mesiras architectonicas e tecnicas, l'utilisaziun da tscherts meds persunals u d'auters meds tras l'organisatura u l'organisatur, las reglas per la vendita da bigliets d'entrada, la vendita da bavrondas alcoholicas u la realisaziun da controllas d'access. L'autoritad po determinar en spezial, co che l'arriv ed il return da las aderentas e dals aderents da la squadra estra vegnan realisads e sut tge premissas ch'ellas ed els dastgan survegnir access als stabiliments da sport.

³ L'autoritad po ordinar che las visitadras ed ils visitaders ston preschentar documents d'identitad, cur ch'ellas ed els fan diever da transports da fans u entran en stabiliments da sport, e ch'i vegnia garanti – a maun da la coordinaziun cun il sistem d'infurmaziun HOOGAN – ch'i na possian betg entrar persunas, per las qualas valan scumonds d'entrar en stadions u autras mesiras tenor quest concordat.

⁴ Sch'i vegnan violadas cundiziuns, pon vegnir prendidas mesiras adequatas. Tranter auter po vegnir retratga ina permissiun, po vegnir refusada la permissiun per giesu futurs ubain po ina permissiun futura

vegnir concedida sut cundiziuns supplementaras. Per donns chaschunads tras la violaziun da cundiziuns po vegnir pretendida da la purtadra u dal purtader da la permissiun ina indemnizaziun dals custs.

3. chapitel: Mesiras polizialas

Art. 3b

¹ Sch'i dat in suspect concret, po la polizia perquirir visitadras e visitaders en il rom da controllas d'access ad occurrenzas da sport u cur ch'ellas ed els fan diever da transports da fans. Las perquisiziuns corporalas er sut la vestgadira vegnan fatgas da persunas da la medema schlattaina. Las perquisiziuns ston avair lieu en locals serrads. Perquisiziuns da las parts intimas dal corp vegnan fatgas cun consultaziun da personal medicinal. Perquisiziuns

² Independentamain d'in suspect concret pon las autoritads autorisar interpresas privatas da segirezza, ch'en vegnidas incumbensadas da l'organisatura u da l'organisatur cun las controllas d'access als stabiliments da sport ed als transports dals fans, da far perquisiziuns da persunas sin la vestgadira sur tut il corp e da tschertgar objects scumandads, e quai tras persunas da la medema schlattaina.

³ L'organisatura u l'organisatur infurmescha las visitadras ed ils visitaders da sia occurrenza da sport davart la pussaivladad da perquisiziuns.

Art. 4

¹ Ad ina persuna ch'è sa participada cumprovadamain ad acts da violenza cunter persunas u cunter chaussas a chaschun d'occurrenzas da sport, poi vegnir scumandà da sa trategnair durant tscherts temps en in territori ch'è determinà exactamain en ils conturns d'occurrenzas da sport (areal scumandà). L'autorità cumpetenta fixescha ils areals scumandads. Areal
scumandads

² In areal scumandà vegn disponi per ina durada da fin a 3 onns.¹ Areal scumandads pon sa chattar en tut la Svizra.

³ In areal scumandà po vegnir disponi da las suandantas autoritads:

- a. da l'autorità cumpetenta dal chantun, nua che l'act da violenza è vegnì commess;
- b. da l'autorità cumpetenta dal chantun, nua che la persuna pertutgada abita;
- c. da l'autorità cumpetenta dal chantun, nua ch'il club ha sia sedia, cun il qual la persuna pertutgada stat en relaziun.

Sche las cumpetenzas sa concurrenzeschan, sa drizza la precedenza tenor la successiun da l'enumeraziun en quest alineia.

¹ la frasa è vegnida adattada tras la sentenza 1C_176/2013 dal tribunal federal dals 7 da schaner 2014 sco suonda: "In areal scumandà vegn disponi per ina durada da fin a 3 onns."

⁴ Il post central svizzer per dumondas da hooliganissem (post central) e l'uffizi federal da polizia (fedpol) pon proponer da decretar areals scumandads.

Art. 5

Disposiziun d'in areal scumandà

¹ En la disposiziun d'in areal scumandà ston vegnir determinads sia durada ed il territori, nua ch'il scumond vala. A la disposiziun ston vegnir agiuntadas indicaziuns che permettian a la persuna pertutgada da s'infurmar exactamain davart ils areals ch'èn pertutgads dal scumond.

² L'autorità disponenta infurmescha immediatamain las ulteriuras autoritàs ch'èn menziunadas en l'artitgel 4 alineas 3 e 4.

³ Per cumprovar la participaziun ad acts da violenza vala l'artitgel 3.

Art. 6

Obligaziun da sa preschentar

¹ Ina persuna po vegnir obligada da sa preschentar durant tscherts temps tar in post da servetsch designà da l'autorità competenta, e quai per ina durada da fin a 3 onns, sche:

- a. ella è sa participada a chaschun d'occurrenzas da sport cumprovadamain ad acts da violenza cunter persunas en il senn da l'artitgel 2 alinea 1 literas a e c fin j. Exceptads èn cas da metter maun vi d'ina persuna tenor l'artitgel 126 alinea 1 CP;
- b. ella ha chaschunà donns materials en il senn da l'artitgel 144 alineas 2 e 3 CP;
- c. ella ha utilisà armas, materias explosivas, pulvra da sajettar u objects pirotecnics cun l'intenziun da metter en privel u da far donn a terzas persunas, ubain sch'ella ha prendì en cumpra quai;
- d. igl è gia vegnì disponì entaifer ils ultims 2 onns ina mesira tenor quest concordat u ina restricziun da bandunar il pajais tenor l'artitgel 24c da la lescha federala davart mesiras per mantegnair la segirezza interna (LMSI)¹, e sch'ella ha puspè cuntrafatg a l'artitgel 2 da quest concordat;
- e. ins sto supponer – sin basa da fatgs concrets ed actuals – ch'ella na sa laschia betg retegnair tras autras mesiras da commetter acts da violenza a chaschun d'occurrenzas da sport; u
- f. l'obligaziun da sa preschentar para dad esser pli moderada en il cas singul en cumparegliaziun cun autras mesiras.

² La persuna pertutgada sto sa preschentar tar il post da servetsch che vegn numnà en la disposiziun, e quai durant ils temps inditgads. Sche pussaivel è quai in post da servetsch al lieu da domicil da la persuna pertutgada. Fixond il lieu ed ils temps per la preschentaziun resguarda l'autorità disponenta las circumstanzas personalas da la persuna pertutgada.

¹ CS 120

³ L'autorità ch'è cumpetenta per il lieu da domicil da la persuna pertutgada dispona l'obligaziun da sa preschentar. Il post central ed il fedpol pon pretender da decretar l'obligaziun da sa preschentar.

Art. 7

¹ I sto vegnir supponi ch'ina persuna na sa laschia betg retgnair da commetter acts da violenza a chaschun d'occurrenzas da sport, auter che tras in'obligaziun da sa preschentar (art. 6 al. 1 lit. e), en spezial sche:

Applicaziun da l'obligaziun da sa preschentar

- a. igl è – sin basa da decleraziuns actualas u d'acts actuals da la persuna pertutgada – enconuschent a las autoritads ch'ella guntgiss mesiras pli moderadas; u
- b. la persuna pertutgada na po – sin basa da sias relaziuns persunalas, perquai ch'ella abita u lavura en la vischinanza directa d'in stadion – betg vegnir retgnida da commetter acts da violenza en l'avegnir tras mesiras pli moderadas.

² Sche la persuna ch'è obligada da sa preschentar na po – per motivs impurtants e cumprovabels – betg sa preschentar tar il post cumpetent (post d'annunzia) tenor l'artitgel 6 alineia 2, sto ella infurmar immediatamain il post d'annunzia inditgond il lieu da dimora. L'autorità da polizia cumpetenta controllescha il lieu da dimora e las indicaziuns da la persuna pertutgada.

³ Il post d'annunzia infurmescha immediatamain l'autorità che ha disponi l'obligaziun da sa preschentar, sche la persuna pertutgada è sa preschentada u betg.

^{4,1}

Art. 8

¹ Cunter ina persuna po vegnir disponida ina fermanza da polizia, sche:

Fermanza da polizia

- a. i èn avant maun indicaziuns concretas ed actualas ch'ella vegnia a sa participar a grevs acts da violenza cunter persunas u cunter chaussas a chaschun d'ina occurrenza da sport naziunala u internaziunala; e
- b. quai è l'unica pussaivladad d'impedir che questa persuna commettia tals acts da violenza.

² La fermanza da polizia sto vegnir terminada, cur che sias premissas n'èn betg pli avant maun, en mintga cas suenter 24 uras.

³ Il mument inditgà sto la persuna pertutgada sa preschentar tar il post da polizia da ses lieu da domicil u tar in auter post da polizia che vegn numnà en la disposiziun e sto restar là per la durada da la fermanza.

⁴ Sche la persuna pertutgada na sa preschenta betg tar il post da polizia designà, po ella vegnir manada natiers da la polizia.

¹ abolì cun la sentenza 1C_176/2013 dal tribunal federal dals 7 da schaner 2014

⁵ Sin dumonda da la persuna pertutgada sto in'autorità giudiziala controllar, sche la privaziun da la libertad è legitima.

⁶ La fermanza da polizia po vegnir disponida da las autoritads da quel chantun, en il qual la persuna pertutgada abita u en il qual l'act da violenza vegn temì. L'autorità da quel chantun, en il qual l'act da violenza vegn temì, ha la precedenza.

Art. 9

Applicaziun da la fermanza da polizia

¹ Occurrenzas da sport naziunalas tenor l'artitgel 8 alinea 1 litera a èn occurrenzas che vegnan organisadas da las federaziuns da sport naziunalas u da las ligas naziunalas ubain occurrenzas, a las qualas unius da questas organisaziuns èn participadas.

² Grevs acts da violenza en il senn da l'artitgel 8 alinea 1 litera a èn en spezial acts chastiabels tenor ils artitgels 111 fin 113, 122, 123 cifra 2, 129, 144 alinea 3, 221, 223 u 224 CP¹.

³ L'autorità cumpetenta al lieu da domicil da la persuna pertutgada designescha il post da polizia, tar il qual la persuna pertutgada sto sa preschentar, e fixescha il cumenzament e la durada da la fermanza.

⁴ Ils chantuns designeschan l'istanza giudiziala ch'è cumpetenta per controllar, sche la fermanza da polizia è legitima.

⁵ En la disposiziun sto la persuna pertutgada vegnir rendida attenta a ses dretg da laschar controllar la privaziun da la libertad tras in'autorità giudiziala (art. 8 al. 5).

⁶ Il post da polizia ch'è vegni designà per exequir la fermanza, infurmescha l'autorità disponenta davart la realisaziun da la fermanza. Sche la persuna pertutgada na sa preschenta betg, sto l'autorità disponenta vegnir infurmada immediatamain.

Art. 10

Recumandaziun da scumonds d'entrar en stadions

L'autorità ch'è cumpetenta per las mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9, il post central ed il fedpol pon recumandar a las organisaturas ed als organisaturs d'occurrenzas da sport da pronunziar scumonds d'entrar en stadions cunter persunas ch'èn daventadas violentas en connex cun in'occurrenza da sport ordaifer il stadion. Talas recumandaziuns vegnan fatgas cun inditgar las datas necessarias tenor l'artitgel 24a alinea 3 LMSI.

Art. 11

Vegliadetgna minimala

Las mesiras tenor ils artitgels 4 fin 7 pon vegnir disponidas mo cunter persunas che han cumpleni il 12avel onn da vegliadetgna. La fermanza da polizia tenor ils artitgels 8 e 9 po vegnir disponida mo cunter persunas che han cumpleni il 15avel onn da vegliadetgna.

¹ CS 311.0

4. chapitel: Disposiziuns da procedura

Art. 12

¹ Recurs cunter disposiziuns che vegnan relaschadas da las autoritads applitgond l'artitgel 3a n'han betg in effect suspensiv. Sin dumonda dals recurrents po l'istanza da recurs conceder l'effect suspensiv. Effect suspensiv

² In recurs cunter ina disposiziun da mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 survegn in effect suspensiv, sche l'intent da la mesira na vegn betg periclità tras quai e sche l'istanza da recurs u la dretgira conceda expressivamain l'effect suspensiv en ina decisiun intermediara.

Art. 13

¹ Ils chantuns designeschan las autoritads ch'èn cumpetentas per las permissiuns tenor l'artitgel 3a alinea 1 e per las mesiras tenor ils artitgels 3a alineas 2 fin 4, 3b e 4 fin 9. Cumpetenz
e procedura

² En vista a l'execuziun da las mesiras tenor il chapitel 3 renviescha l'autorità cumpetenta a la smanatscha da chasti tenor l'artitgel 292 CP¹.

³ Sin basa da l'artitgel 24a alinea 4 LMSI² annunzian las autoritads cumpetentas il suandant al fedpol:

- a. disposiziuns ed annullaziuns da mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 e 12;
- b. cuntravenziuns cunter mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 sco er las decisiuns penalas correspondentas;
- c. ils areals scumandads ch'ellas determineschan.

5. chapitel: Disposiziuns finalas

Art. 14

Il secretariat general da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP) infurmescha la chanzlia federala davart quest concordat. La procedura sa drizza tenor l'artitgel 27o da l'ordinaziun davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun (OORA)³. Infurmaziun da la
confederaziun

Art. 15

¹ Quest concordat entra en vigor, uschespert che almain dus chantuns èn sa participads ad el, il pli baud dentant il 1. da schaner 2010. Entrada en vigor

² Per chantuns che acceptan las midadas dals 2 da favrer 2012 valan quellas a partir da la data che lur conclus da participaziun entra en vigor.

¹ CS 311.0

² CS 120

³ CS 172.010.1

Art. 16

Desditga

In chantun commember po desdir il concordat per la fin d'in onn, annunziand quai 1 onn ordavant. Ils auters chantuns decidan, sch'il concordat duaja restar en vigur.

Art. 17Infurmaziun dal
secretariat
general da la
CDCGP

Ils chantuns infurmeschan il secretariat general da la CDCGP davart lur participaziun, davart las autoritads cumpetentas tenor l'artitgel 13 alinea 1 sco er davart lur desditga. Il secretariat general da la CDCGP maina ina glista davart il stadi da la vigur dal concordat.

Adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 20 ottobre 2014,

decide:

I.

La decisione del 29 agosto 2008 concernente l'adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive del 15 novembre 2007 è modificata come segue:

Numero 1a

Il Cantone dei Grigioni approva le modifiche del 2 febbraio 2012/31 gennaio 2014 del Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive del 15 novembre 2007.

II.

La presente decisione è soggetta a referendum facoltativo.

Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive

del 15 novembre 2007; modifica del 2 febbraio 2012

(versione del 10 gennaio 2014 tenuto conto della sentenza 1C_176/2013, 1C_684/2013 del Tribunale federale del 7 gennaio 2014)

La Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia approva il seguente testo del Concordato:

Capitolo 1: Disposizioni generali

Art. 1

I Cantoni adottano, in collaborazione con la Confederazione, le misure preventive di polizia ai sensi del presente Concordato, per impedire un comportamento violento nonché per individuare e combattere tempestivamente la violenza in occasione di manifestazioni sportive.

Art. 2

¹ Un comportamento violento è considerato tale segnatamente se una persona, prima, durante o dopo una manifestazione sportiva, ha commesso o incitato a commettere:

- a. reati contro la vita e l'integrità della persona ai sensi degli articoli 111–113, 117, 122, 123, 125 capoverso 2, 126 capoverso 1, 129, 133 e 134 del Codice penale (CP)¹;
- b. danneggiamenti ai sensi dell'articolo 144 CP;
- c. coazione ai sensi dell'articolo 181 CP;
- d. incendio intenzionale ai sensi dell'articolo 221 CP;
- e. esplosione ai sensi dell'articolo 223 CP;
- f. minacce mediante uso delittuoso di materie esplosive o gas velenosi ai sensi dell'articolo 224 CP;
- g. pubblica istigazione a un crimine o alla violenza ai sensi dell'articolo 259 CP;
- h. sommossa ai sensi dell'articolo 260 CP;
- i. violenza o minaccia contro le autorità e i funzionari ai sensi dell'articolo 285 CP;
- j. impedimento di atti dell'autorità ai sensi dell'articolo 286 CP.

² È inoltre considerato un comportamento violento, minacciare la sicurezza pubblica, trasportando o utilizzando armi, esplosivi, polvere da

¹ RS 311.0

sparo o pezzi pirotecnici in impianti sportivi, in loro prossimità e nel viaggio di andata e ritorno.

Art. 3

Prova del
comportamento
violento

¹ Sono considerate prove di un comportamento violento ai sensi dell'articolo 2:

- a. le sentenze giudiziarie o le denunce della polizia pertinenti;
- b. dichiarazioni attendibili o registrazioni visive della polizia, dell'amministrazione delle dogane, del personale addetto alla sicurezza o delle federazioni e delle società sportive;
- c. divieti di accedere a stadi pronunciati dalle federazioni e dalle società sportive;
- d. comunicazioni di un'autorità straniera competente in materia.

² Le dichiarazioni ai sensi del capoverso 1 lettera b sono messe per iscritto e firmate.

Capitolo 2: Obbligo di autorizzazione e condizioni

Art. 3a

Obbligo di
autorizzazione

¹ Gli incontri di calcio e hockey su ghiaccio di club delle categorie superiori sono soggetti all'obbligo di autorizzazione. Gli incontri tra club delle categorie inferiori o di altri tipi di sport possono essere dichiarati soggetti all'obbligo di autorizzazione qualora, contestualmente all'incontro stesso, si temano minacce per la sicurezza pubblica.

² Per evitare il verificarsi di comportamenti violenti ai sensi dell'articolo 2, le autorità competenti possono subordinare l'autorizzazione a determinate condizioni. Esse possono comprendere, ad esempio, misure tecniche ed edilizie, l'impiego di determinato personale o altri mezzi da parte dell'organizzatore, l'imposizione di regole per la vendita dei biglietti d'ingresso e delle bevande alcoliche, lo svolgimento dei controlli all'ingresso. Le autorità competenti possono, in particolare, disporre lo svolgimento del viaggio di andata e di ritorno dei sostenitori della squadra ospite e le condizioni alle quali consentire loro l'accesso allo stadio.

³ Le autorità competenti possono ordinare che per accedere ai trasporti speciali per tifosi o alle strutture sportive, le spettatrici e gli spettatori debbano esibire un documento d'identità e che venga accertato, mediante consultazione del sistema informatico HOOGAN, che non siano ammesse persone colpite da un divieto di accesso allo stadio o da altre misure previste dal presente Concordato.

⁴ In caso di violazione delle condizioni possono essere applicate misure adeguate, tra cui la revoca dell'autorizzazione, il rifiuto dell'autorizzazione per gli incontri successivi oppure il rilascio di successive autorizzazioni corredate da condizioni supplementari. Ai titolari dell'autorizzazione può

essere richiesto il risarcimento di eventuali danni dovuti a una violazione delle condizioni.

Capitolo 3: Misure di polizia

Art. 3b

¹ Nell'ambito dei controlli d'ingresso alle manifestazioni sportive o d'accesso ai trasporti speciali per tifosi, in presenza di un sospetto concreto, la polizia è autorizzata a far perquisire da persone dello stesso sesso le spettatrici e gli spettatori, anche sotto i vestiti e su tutto il corpo, alla ricerca di eventuali oggetti vietati. Le perquisizioni devono svolgersi in locali non esposti alla pubblica vista. Le perquisizioni delle parti intime devono essere effettuate dal personale medico. Perquisizioni

² Le autorità competenti possono autorizzare gli appartenenti a società private di sicurezza, incaricati dagli organizzatori dei controlli all'ingresso degli stadi e d'accesso ai trasporti speciali per tifosi, di perquisire sopra i vestiti e su tutto il corpo, indipendentemente da un sospetto concreto, persone del proprio sesso, alla ricerca di eventuali oggetti vietati.

³ Gli organizzatori sono tenuti a informare le spettatrici e gli spettatori partecipanti alla manifestazione sportiva della possibilità di essere perquisiti.

Art. 4

¹ Le autorità competenti possono vietare a una persona di accedere, in determinati orari, a un'area esattamente delimitata in prossimità di una manifestazione sportiva (area vietata), se è provato che in occasione di manifestazioni sportive ha partecipato ad atti violenti contro persone o cose. L'autorità competente definisce i confini delle singole aree vietate. Aree vietate

² Il divieto è pronunciato per una durata ~~da uno~~ fino a tre anni¹ e può riguardare aree sull'intero territorio svizzero.

³ Il divieto può essere pronunciato dalle seguenti autorità:

- a. autorità competenti del Cantone in cui si sono verificati gli atti di violenza;
- b. autorità competenti del Cantone in cui risiede la persona interessata;
- c. autorità competenti del Cantone in cui ha sede il club, con il quale ha un legame la persona interessata.

In caso di conflitti di competenza, va seguito l'ordine prioritario indicato nell'elenco in questo capoverso.

¹ La frase è stata modificata come segue con sentenza 1C_176/2013 del Tribunale federale del 7 gennaio 2014: «il divieto è pronunciato per una durata fino a tre anni».

⁴ Il Servizio centrale svizzero in materia di tifoseria violenta (Servizio centrale) e l'Ufficio federale di polizia (fedpol) possono presentare la relativa richiesta.

Art. 5

Decisione di divieto di accedere a un'area determinata

¹ La decisione di divieto di accedere a un'area determinata stabilisce la durata del divieto e l'area vietata. La decisione è accompagnata dalle indicazioni che permettono alla persona interessata di prendere esattamente conoscenza delle aree oggetto del divieto.

² L'autorità che dispone il divieto informa senza indugio le altre autorità citate nell'articolo 4 capoversi 3 e 4.

³ Per la prova della partecipazione ad atti violenti è applicabile l'articolo 3 del presente Concordato.

Art. 6

Obbligo di presentarsi

¹ Una persona può essere obbligata, per un periodo fino a tre anni, a presentarsi in determinati orari presso un ufficio pubblico indicatole dalle autorità competenti se:

- a. è provato che in occasione di manifestazioni sportive abbia commesso atti violenti contro persone ai sensi dell'articolo 2 capoverso 1 lettera a e lettere c-j del presente Concordato. Fanno eccezione le vie di fatto di cui all'articolo 126 capoverso 1 CP;
- b. abbia commesso danneggiamenti ai sensi dell'articolo 144 capoverso 2 e 3 CP;
- c. abbia utilizzato armi, materie esplosive, polvere da sparo o oggetti pirotecnici con l'intenzione di minacciare o danneggiare terze persone, oppure se ne sia assunto il rischio;
- d. negli ultimi due anni, nei suoi confronti sia già stata disposta una misura prevista dal presente Concordato oppure sia stato pronunciato un divieto di recarsi in un Paese determinato ai sensi dell'articolo 24c LMSI¹ ed essa abbia violato nuovamente l'articolo 2 del presente Concordato;
- e. in base a elementi concreti e attuali si deve presumere che altre misure non contribuirebbero a distoglierla dal commettere atti violenti in occasione di manifestazioni sportive; oppure
- f. l'obbligo di presentarsi rappresenta nel caso di specie la misura meno severa.

² La persona interessata deve presentarsi negli orari indicati all'ufficio pubblico designato nella decisione. Quest'ultimo, se possibile, deve trovarsi nel luogo di residenza della persona interessata. Nel designare luogo e orari, l'autorità tiene conto della situazione personale della persona interessata.

¹ RS 120

³ L'obbligo di presentarsi è imposto con decisione formale dall'autorità competente per il luogo di residenza della persona interessata. Il Servizio centrale e l'Ufficio federale di polizia possono presentare la relativa richiesta.

Art. 7

¹ Si deve presumere che misure diverse dall'obbligo di presentarsi all'autorità non impediscono a una persona di commettere atti violenti in occasione di manifestazioni sportive (art. 6 cpv. 1 lett. c), segnatamente se:

Applicazione dell'obbligo di presentarsi

- a. le autorità sono a conoscenza di affermazioni o attività correnti della persona interessata che inducono a credere che eluderebbe misure meno severe; oppure
- b. misure meno severe non le impedirebbero di commettere in futuro atti violenti a causa di circostanze personali, ad esempio perché il luogo di domicilio o di lavoro è situato nelle immediate vicinanze di uno stadio.

² Se la persona soggetta all'obbligo di presentarsi all'autorità, per motivi importanti e giustificabili non è in grado di presentarsi presso l'ufficio pubblico competente conformemente all'articolo 6 capoverso 2, lo comunica senza indugio a quest'ultimo informandolo sul suo luogo di dimora. L'autorità di polizia competente verifica se le informazioni e il luogo di dimora indicato dalla persona interessata sono esatti.

³ L'ufficio pubblico designato informa senza indugio l'autorità che ha pronunciato l'obbligo di presentarsi se le persone interessate si sono presentate o meno.

⁴, 1

Art. 8

¹ Una persona può essere sottoposta a un fermo preventivo di polizia se:

Fermo preventivo di polizia

- a. vi sono indizi concreti e attuali che in occasione di una manifestazione sportiva nazionale o internazionale parteciperà a gravi atti violenti contro persone o cose; e
- b. è l'unica possibilità per impedirle di commettere tali atti violenti.

² Il fermo preventivo di polizia termina quando non ne sussistono più i presupposti e in ogni caso dopo 24 ore.

³ La persona interessata deve presentarsi all'ora indicata al posto di polizia del suo domicilio o a un altro posto di polizia designato nella decisione e restarvi per la durata del fermo.

⁴ Se la persona interessata non si presenta al posto di polizia, può esservi condotta dalla polizia.

¹ Abrogato con sentenza IC_176/2013 del Tribunale federale del 7 gennaio 2014

⁵ Su richiesta della persona interessata, la legalità della privazione della libertà può essere esaminata dall'autorità giudiziaria competente.

⁶ Il fermo preventivo di polizia è pronunciato con decisione formale dalle autorità del Cantone in cui la persona interessata risiede o dalle autorità del Cantone in cui si temono gli atti violenti. Le autorità del Cantone in cui si temono gli atti violenti hanno la priorità.

Art. 9

Applicazione del fermo preventivo di polizia

¹ Sono considerate manifestazioni sportive nazionali ai sensi dell'articolo 8 capoverso 1 lettera a le manifestazioni organizzate dalle federazioni sportive o dalle leghe nazionali oppure a cui partecipano società che fanno parte di tali organizzazioni.

² Sono considerati gravi atti violenti ai sensi dell'articolo 8 capoverso 1 lettera a segnatamente i reati di cui agli articoli 111–113, 122, 123 cifra 2, 129, 144 capoverso 3, 221, 223 o 224 CP¹.

³ L'autorità competente del domicilio della persona interessata designa il posto di polizia presso cui essa deve presentarsi e determina l'inizio e la durata del fermo preventivo.

⁴ I Cantoni designano l'autorità giudiziaria competente per l'esame della legalità del fermo preventivo di polizia.

⁵ Nella decisione si informa la persona interessata del suo diritto di far verificare per il tramite della competente autorità giudiziaria la legalità della privazione della libertà (art. 8 cpv. 5).

⁶ Il posto di polizia designato per l'esecuzione del fermo preventivo informa l'autorità di decisione dell'esecuzione. Se la persona interessata non si presenta, l'informazione avviene senza indugio.

Art. 10

Raccomandazioni e di divieto di accedere agli stadi

L'autorità competente per le misure secondo gli articoli 4–9, il Servizio centrale e l'Ufficio federale di polizia possono raccomandare agli organizzatori di manifestazioni sportive di pronunciare divieti di accedere agli stadi verso coloro che hanno dimostrato un comportamento violento all'interno o all'esterno dello stadio in occasione di manifestazioni sportive. La raccomandazione viene rilasciata indicando i dati necessari giusta l'articolo 24a capoverso 3 LMSI.

Art. 11

Età minima

Le misure secondo gli articoli 4–7 sono pronunciate solo contro persone che hanno compiuto i 12 anni. Il fermo preventivo di polizia secondo gli articoli 8–9 è pronunciato solo contro persone che hanno compiuto i 15 anni.

¹ RS 311.0

Capitolo 4: Disposizioni procedurali

Art. 12

¹ I ricorsi contro le misure disposte dalle autorità competenti in applicazione dell'articolo 3a non hanno effetto sospensivo. Su richiesta del ricorrente, l'autorità di ricorso può accordare l'effetto sospensivo.

Effetto
sospensivo

² Il ricorso contro le misure secondo gli articoli 4–9 ha effetto sospensivo solo se non ne risulta pregiudicato lo scopo della misura e se l'autorità di ricorso o il giudice lo accorda espressamente in una decisione incidentale.

Art. 13

¹ I Cantoni designano l'autorità competente per le autorizzazioni secondo l'articolo 3a capoverso 1 e le misure secondo gli articoli 3a capoverso 2-4, 3b e 4–9.

Competenza e
procedura

² Per l'esecuzione delle misure di cui al Capitolo 3, l'autorità competente avverte della comminatoria prevista nell'articolo 292 CP¹.

³ Le autorità competenti comunicano all'Ufficio federale di polizia (fedpol) in virtù dell'articolo 24a capoverso 4 LMSI²:

- a. le decisioni e le revoche delle misure secondo gli articoli 4–9 e 12;
- b. le violazioni delle misure secondo gli articoli 4–9 nonché le decisioni penali corrispondenti;
- c. le aree vietate da essi designate.

Capitolo 5: Disposizioni finali

Art. 14

Il Segretariato generale della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) informa la Cancelleria federale sul presente Concordato. La procedura si svolge secondo l'articolo 27o OLOGA³.

Informazione
della
Confederazione

Art. 15

¹ Il presente Concordato entra in vigore non appena vi aderiscono almeno due Cantoni, al più presto tuttavia il 1° gennaio 2010.

Entrata in vigore

² Le modifiche del 2 febbraio 2012 entrano in vigore, per i Cantoni che le approvano, a partire dalla data della rispettiva delibera di approvazione.

¹ RS 311.0

² RS 120

³ RS 172.010.1

Art. 16

Rescissione

Un Cantone membro può rescindere il Concordato alla fine di un anno con un termine di preavviso di un anno. Gli altri Cantoni decidono se lasciare o meno in vigore il Concordato.

Art. 17Informazione al
Segretariato
generale della
CDDGP

I Cantoni informano il Segretariato generale della CDDGP della loro adesione al Concordato, dell'autorità competente in virtù dell'articolo 13 capoverso 1 e della loro rescissione. Il Segretariato generale della CDDGP tiene una lista aggiornata dei Cantoni membri del Concordato.

Geltendes Recht

Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

vom 29. August 2008

Der Grosse Rat des Kantons¹⁾

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 20. Mai 2008³⁾

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007⁴⁾ bei.
2. Der Polizeigewahrsam kann innert 30 Tagen seit Anordnung beim Verwaltungsgericht mit verwaltungsgerichtlicher Beschwerde auf seine Rechtmässigkeit überprüft werden.
3. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu erklären⁵⁾.
4. Die Ziffern 1 bis 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

¹⁾ GRP 2008/2009, 95

²⁾ BR 110.100

³⁾ Seite 15

⁴⁾ BR 613.180

⁵⁾ Mit Beschluss vom 20. Januar 2009 hat die Regierung den Beitritt erklärt.

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und
–direktoren am 15. November 2007 verabschiedet

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Kantone treffen in Zusammenarbeit mit dem Bund zur Verhinderung Zweck
gewalttätigen Verhaltens vorbeugende polizeiliche Massnahmen nach die-
sem Konkordat, um frühzeitig Gewalt anlässlich von Sportveranstaltun-
gen zu erkennen und zu bekämpfen.

Art. 2

¹ Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten liegen namentlich vor, Definition
gewalttätigen
Verhaltens
wenn eine Person folgende Straftaten begangen oder dazu angestiftet hat:

- a. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nach den Artikeln 111-
113, 117, 122, 123, 125 Absatz 2, 129, 133, 134 des Strafgesetzbuches
(StGB) ¹⁾;
- b. Sachbeschädigungen nach Artikel 144 StGB;
- c. Nötigung nach Artikel 181 StGB;
- d. Brandstiftung nach Artikel 221 StGB;
- e. Verursachung einer Explosion nach Artikel 223 StGB;
- f. Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit
nach Artikel 259 StGB;
- g. Landfriedensbruch nach Artikel 260 StGB;
- h. Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte nach Artikel 285
StGB.

² Als gewalttätiges Verhalten gilt ferner die Gefährdung der öffentlichen
Sicherheit durch das Mitführen oder Verwenden von Waffen, Spreng-
mitteln, Schiesspulver oder pyrotechnischen Gegenständen an Sportstät-
ten, in deren Umgebung sowie auf dem An- und Rückreiseweg.

Art. 3

¹ Als Nachweis für gewalttätiges Verhalten nach Artikel 2 gelten:

- a. entsprechende Gerichtsurteile oder polizeiliche Anzeigen;

Nachweis
gewalttätigen
Verhaltens

¹⁾ SR 311.0

- b. glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen der Polizei, der Zollverwaltung, des Sicherheitspersonals oder der Sportverbände und -vereine;
- c. Stadionverbote der Sportverbände oder -vereine;
- d. Meldungen einer zuständigen ausländischen Behörde.

² Aussagen nach Absatz 1 Buchstabe b sind schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen.

2. Kapitel: Polizeiliche Massnahmen

Art. 4

Rayonverbot

¹ Einer Person, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt hat, kann der Aufenthalt in einem genau umschriebenen Gebiet im Umfeld von Sportveranstaltungen (Rayon) zu bestimmten Zeiten verboten werden. Die zuständige kantonale Behörde bestimmt den Umfang der einzelnen Rayons.

² Das Rayonverbot kann längstens für die Dauer eines Jahres verfügt werden.

³ Das Verbot kann von den Behörden des Kantons verfügt werden, in dem die betroffene Person wohnt oder in dem sie an der Gewalttätigkeit beteiligt war. Die Behörde des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit geschah, hat dabei Vorrang. Die Schweizerische Zentralstelle für Hooliganismus (Zentralstelle) kann den Erlass von Rayonverboten beantragen.

Art. 5

Verfügung über ein Rayonverbot

¹ In der Verfügung über ein Rayonverbot sind die Geltungsdauer und der Geltungsbereich des Rayonverbots festzulegen. Der Verfügung ist ein Plan beizulegen, der die vom Verbot erfassten Orte und die zugehörigen Rayons genau bezeichnet.

² Wird das Verbot von der Behörde des Kantons verfügt, in dem die Gewalttätigkeit geschah, ist die zuständige Behörde des Wohnsitzkantons der betroffenen Person umgehend zu informieren.

³ Für den Nachweis der Beteiligung an Gewalttätigkeiten gilt Artikel 3.

Art. 6

Meldeaufflage

¹ Eine Person kann verpflichtet werden, sich zu bestimmten Zeiten bei einer Polizeistelle zu melden, wenn:

- a. sie in den letzten zwei Jahren gegen ein Rayonverbot nach Artikel 4 oder gegen eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24c BWIS¹⁾ verstossen hat;

¹⁾ SR120

- b. aufgrund konkreter und aktueller Tatsachen anzunehmen ist, dass sie sich durch andere Massnahmen nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt; oder
- c. die Meldeauflage im Verhältnis zu anderen Massnahmen im Einzelfall als milder erscheint.

² Die betroffene Person hat sich bei der in der Verfügung genannten Polizeistelle zu den bezeichneten Zeiten zu melden. Grundsätzlich ist dies eine Polizeistelle am Wohnort. Die verfügende Behörde berücksichtigt bei der Bestimmung von Meldeort und Meldezeiten die persönlichen Umstände der betroffenen Person.

³ Die Behörde des Kantons, in dem die betroffene Person wohnt, verfügt die Meldeauflage. Die Zentralstelle kann den Erlass von Meldeauflagen beantragen.

Art. 7

¹ Dass eine Person sich durch andere Massnahmen als eine Meldeauflage nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt (Art. 6 Abs. 1 Bst. b), ist namentlich anzunehmen, wenn:

Handhabung der
Meldeauflage

- a. aufgrund von aktuellen Aussagen oder Handlungen der betreffenden Person behördlich bekannt ist, dass sie mildere Massnahmen umgehen würde; oder
- b. die betreffende Person aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse, wie Wohnlage oder Arbeitsplatz in unmittelbarer Umgebung eines Stadions, durch mildere Massnahmen nicht von künftigen Gewalttaten abgehalten werden kann.

² Kann sich die meldepflichtige Person aus wichtigen und belegbaren Gründen nicht nach Artikel 6 Absatz 2 bei der zuständigen Stelle (Meldestelle) melden, so hat sie die Meldestelle unverzüglich und unter Bekanntgabe des Aufenthaltsortes zu informieren. Die zuständige Polizeibehörde überprüft den Aufenthaltsort und die Angaben der betreffenden Person.

³ Die Meldestelle informiert die Behörde, die die Meldeauflage verfügt hat, unverzüglich über erfolgte oder ausgebliebene Meldungen.

Art. 8

¹ Gegen eine Person kann der Polizeigewahrsam verfügt werden, wenn:

Polizei-
gewahrsam

- a. konkrete und aktuelle Hinweise dafür vorliegen, dass sie sich anlässlich einer nationalen oder internationalen Sportveranstaltung an schwerwiegenden Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligen wird; und
- b. dies die einzige Möglichkeit ist, sie an solchen Gewalttätigkeiten zu hindern.

² Der Polizeigewahrsam ist zu beenden, wenn seine Voraussetzungen weggefallen sind, in jedem Fall nach 24 Stunden.

³ Die betroffene Person hat sich zum bezeichneten Zeitpunkt bei der Polizeistelle ihres Wohnortes oder bei einer anderen in der Verfügung genannten Polizeistelle einzufinden und hat für die Dauer des Gewahrsams dort zu bleiben.

⁴ Erscheint die betreffende Person nicht bei der bezeichneten Polizeistelle, so kann sie polizeilich zugeführt werden.

⁵ Die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzuges ist auf Antrag der betroffenen Person richterlich zu überprüfen.

⁶ Der Polizeigewahrsam kann von den Behörden des Kantons verfügt werden, in dem die betroffene Person wohnt, oder von den Behörden des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird. Die Behörde des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird, hat dabei Vorrang.

Art. 9

Handhabung des
Polizei-
gewahrsams

¹ Nationale Sportveranstaltungen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind Veranstaltungen, die von den nationalen Sportverbänden oder den nationalen Ligen organisiert werden, oder an denen Vereine dieser Organisationen beteiligt sind.

² Schwerwiegende Gewalttätigkeiten im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind namentlich strafbare Handlungen nach den Artikeln 111-113, 122, 123 Ziffer 2, 129, 144 Absatz 3, 221, 223 oder nach Artikel 224 StGB¹⁾.

³ Die zuständige Behörde am Wohnort der betreffenden Person bezeichnet die Polizeistelle, bei der sich die betreffende Person einzufinden hat und bestimmt den Beginn und die Dauer des Gewahrsams.

⁴ Die Kantone bezeichnen die richterliche Instanz, die für die Überprüfung der Rechtmässigkeit des Polizeigewahrsams zuständig ist.

⁵ In der Verfügung ist die betreffende Person auf ihr Recht, den Freiheitsentzug richterlich überprüfen zu lassen, hinzuweisen (Art. 8 Abs. 5).

⁶ Die für den Vollzug des Gewahrsams bezeichnete Polizeistelle benachrichtigt die verfügende Behörde über die Durchführung des Gewahrsams. Bei Fernbleiben der betroffenen Person erfolgt die Benachrichtigung umgehend.

Art. 10

Empfehlung
Stadionverbot

Die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4-9 und die Zentralstelle können den Organisatoren von Sportveranstaltungen empfehlen, gegen Personen Stadionverbote auszusprechen, welche in Zusammenhang mit einer Sportveranstaltung ausserhalb des Stadions ge-

¹⁾ SR 311.0

walttätig wurden. Die Empfehlung erfolgt unter Angabe der notwendigen Daten gemäss Artikel 24a Absatz 3 BWIS¹⁾.

Art. 11

Massnahmen nach den Artikeln 4-7 können nur gegen Personen verfügt werden, die das 12. Altersjahr vollendet haben. Der Polizeigewahrsam nach den Artikeln 8-9 kann nur gegen Personen verfügt werden, die das 15. Altersjahr vollendet haben.

Untere
Altersgrenze

3. Kapitel: Verfahrensbestimmungen

Art. 12

Einer Beschwerde gegen eine Verfügung über Massnahmen nach den Artikeln 4-9 kommt aufschiebende Wirkung zu, wenn dadurch der Zweck der Massnahme nicht gefährdet wird und wenn die Beschwerdeinstanz oder das Gericht diese in einem Zwischenentscheid ausdrücklich gewährt.

Aufschiebende
Wirkung

Art. 13

¹ Die Kantone bezeichnen die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4-9.

Zuständigkeit und
Verfahren

² Die zuständige Behörde weist zum Zwecke der Vollstreckung der Massnahmen nach Kapitel 2 auf die Strafdrohung von Artikel 292 StGB hin.

³ Die Kantone melden dem Bundesamt für Polizei (fedpol) gestützt auf Art. 24a Abs. 4 BWIS:

- a. Verfügungen und Aufhebungen von Massnahmen nach den Artikeln 4-9 und 12;
- b. Verstösse gegen Massnahmen nach den Artikeln 4-9 sowie die entsprechenden Strafentscheide;
- c. die von ihnen festgelegten Rayons unter Beilage der entsprechenden Pläne.

4. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 14

Das Generalsekretariat der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) informiert die Bundeskanzlei über das vorliegende Konkordat. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 27o RVOV²⁾.

Information des
Bundes

¹⁾ SR 120

²⁾ SR 172.010.1

Art. 15

Inkrafttreten

Dieses Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens zwei Kantone beigetreten sind, frühestens jedoch auf den 1. Januar 2010.

Art. 16

Kündigung

Ein Mitgliedkanton kann das Konkordat mittels einjähriger Vorankündigung auf Ende eines Jahres kündigen. Die anderen Kantone entscheiden, ob das Konkordat in Kraft zu lassen ist.

Art. 17Benachrichtigung
Generalsekretariat
KKJPD

Die Kantone informieren das Generalsekretariat KKJPD über ihren Beitritt, die zuständigen Behörden nach Artikel 13 Absatz 1 und ihre Kündigung. Das Generalsekretariat KKJPD führt eine Liste über den Geltungsstand des Konkordats.